

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61.

Freitag, den 13. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Jeder hat einen Freund,

einen Bekannten, einen Arbeitskollegen, der leider noch gleichzeitig abseits steht von der sozialdemokratischen Bewegung. Durch geschickten freundschaftlichen Zuspruch, durch liebevolle Belehrung kann er für unsere Sache gewonnen werden. In der Roten Woche muß jeder seinen Stolz darein setzen, auf diese Weise der Partei neue Mitglieder und unserer Zeitung neue Bezirker zuzuführen. Die unablässige stille Werbetätigkeit unserer Genossen ist das Geheimnis des Fortschritts der Sozialdemokratie. Die Rote Woche wird reiche Ernte bringen, wenn sich der Eifer unserer Freunde in diesen Tagen verzehnfacht.

Das Arbeitsfeld der Woche:

Am 31. März 1913, dem Schluß des letzten Geschäftsjahres, betrug nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena die Mitgliederzahl der politischen Organisation 982 850 und die Zahl der Abonnenten der Parteipresse 1 465 212. Bei den Reichstagswahlen 1912 haben aber 4 250 329 Wähler rot gewählt. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden. Dem Zwecke dient vor allem die „Rote Woche“.

Wer holt seinen Freund?

Die Fehmarnbahn.

Von Theodor Schwarz, Mitglied des Reichstages.

Das Projekt einer direkten Verbindung des westlichen Deutschland mit den skandinavischen Ländern über Hamburg, Lübeck, Fehmarn und Kopenhagen etc., ist nicht mehr neu. Schon im Jahre 1863 wurde dieses Projekt in Lübeck und Dänemark lebhaft erörtert. Der um die Jahreswende 1883—1884 ausbrechende dänische Krieg verhinderte nicht nur den Fortgang der gepflegten Verhandlungen, sondern brachte die Sache überhaupt zum Stillstand. Die nach jedem Kriege bei den kriegführenden Nationen entstehenden Gegenläufe brachten es mit sich, daß jahrzehntelang für internationale Fragen auf dem Gebiete der Verkehrspolitik kein Raum blieb. Dazu kam, daß Lübeck seine bis dahin bevorzugte Wasserstraßenpolitik zugunsten der projektierten Eisenbahnpolitik nicht aufgeben wollte. Endlich, nachdem die Wunden des Krieges vernarbt und mehr noch als nach dem deutsch-französischen Krieg, die sich oft diametral in wirtschaftlichen Verkehrsfragen gegenüberstehenden deutschen Stämme zu einer Einheit im Reiche zusammengefaßt waren, Schlagbäume und Grenzpfähle innerhalb des deutschen Reiches beseitigt worden, Handel und Gewerbe von jedem zünftlerischen Zwange befreit war, konnte die interlokale Verkehrspolitik nicht länger andauern, sondern mußte eine großzügige Weltwirtschaftspolitik in die Wege leiten. Diesem konnte sich auch Lübeck nicht entziehen; aber nun rückte sich die bis dahin in Lübeck betriebene Eisenbahnpolitik. Der große Bruder Preußen benutzte das Verhältnis der privaten Lübeck-Büchener Eisenbahn, um allmählich derart einzufreien, daß ein großer Teil des Güter- und Personenverkehrs um die Stadt herumgeleitet und Lübeck gleich einem Dornröschen in eine bescheidene Ecke gesetzt wurde.

Diesem unerquicklichen Zustand konnte Lübeck auf die Dauer nicht ertragen; wollte es in der Verkehrspolitik nicht ganz im Hintergrunde bleiben, so mußte es sich zum Förderer einer intensiven Bahnpolitik entschließen. Schwer ist die Arbeit gewesen, die Lübeck-Büchener stand immer bei allen Maßnahmen hindernd im Wege und so mußte das, was erreicht wurde, oft mit schweren Opfern erworben werden. Will Dornröschen Lübeck aus seiner vornehmen Ecke heraus, so bleibt ihm nichts weiter übrig, als die internationale Bahn zu betreten. Dies war um so leichter, als auch die dänische Verkehrspolitik den internationalen Weg zu beschreiten begonnen hatte. Neben der internationalen Verkehrsline Kiel—Korsör—Kopenhagen entstand die Trajektklinie Warnemünde—Gjedser—Kopenhagen und schließlich

die Trajektklinie Sankt—Trelleborg nach Stockholm und Südschweden. Da nun aber die dänischen Interessen in dem Verkehr über die Insel Laaland liegen, ist es erklärlich, daß die dänischen Interessenten bestrebt waren, eine gerade Linie von der Schweiz über Süd- und Westdeutschland, Frankreich, Belgien und Holland nach Hamburg und weiter über Lübeck, Fehmarn und den dänischen Inseln nach Kopenhagen, Gotenburg usw. zu bekommen. In Rødby auf Laaland ist schon vor längerer Zeit ein Komitee zusammengetreten, welches energisch die Propaganda für diese wirklich ideale Verkehrslinie betreibt. Und auch in Lübeck hat man sich in der Erkenntnis, daß durch die Verwirklichung dieses Projekts, die Stadt sich zu einem internationalen Knotenpunkt des skandinavischen Verkehrs auf dem Kontinent entwickeln würde, aufgerafft, um auch von hier aus die Sache kräftig zu fördern.

Die preussische Eisenbahnpolitik, dahingehend, den Verkehr nach Möglichkeit um Lübeck herumzuleiten, insbesondere den Verkehr von Ostholstein, Kreis Oldenburg und Fehmarn über Cuttin, Wischeberg und Neumünster zu lenken, hatte in Lübeck arg verschupst und zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Ein Komitee für den Bau einer Eisenbahn Lübeck—Schwartzau—Neustadt, dem auch Interessenten aus dem Fürstentum Lübeck und östlichen Holstein angehörten, war entstanden. Die Widerstände blieben nicht aus; sie wurden überwunden durch das lebhafteste Interesse des deutschen Westens und Dänemarks für eine Fortführung der Linie bis Kopenhagen und den skandinavischen Norden. Die Handelskammern von Barmen, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Köln a. Rh., Krefeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Harburg, Hildesheim, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Minden, Münster, Oldenburg, Osnabrück, Siegen und Solingen schlossen sich der Bewegung an und faßten in einer Versammlung des Deutschen Fehmarnbahnkomitees im Börsegebäude zu Hamburg am 31. Oktober 1913 einstimmig zugunsten der Fehmarnlinie folgende Entscheidung:

„Die im Fehmarnbahnkomitee vereinigten Vertreter der Handelskammern erblicken in der geplanten neuen deutsch-nordischen Welttrasse Hamburg—Lübeck—Fehmarn—Laaland—Kopenhagen die unbestreitbar beste, weil weitestläufigste und bequemste Verbindung zwischen dem ganzen deutschen und europäischen Westen mit den drei skandinavischen Ländern und Finnland. Sie erachten die alsbaldige Durchführung dieser Verbindung als eine verkehrswirtschaftliche Notwendigkeit von hervorragender Bedeutung. Sie geben daher der Erwartung Ausdruck, daß die königlich-preussische Staatsregierung Hand in Hand mit der königlich-dänischen Regierung der alsbaldigen Verwirklichung dieses Projekts näher treten werde.“

Von Altona und Kiel wurden die Bestrebungen des Fehmarnbahnkomitees lebhaft bekämpft. Man argumentierte: hinter dem Fehmarnplane stehe hauptsächlich die Lübeck-Büchener Bahn, denn sie allein würde ein gewaltiges Geschäft damit machen; dem müsse durch den Bau einer Schnellbahn Kiel—Neumünster—Hamburg entgegengewirkt werden. Dieses Projekt findet anscheinend auch bei der preussischen Eisenbahndirektion in Altona wohlwollende Beachtung. Auch im Reichstage — der gar nicht einmal zuständig ist — wurde das Für und Wider der Fehmarnbahn, bei Gelegenheit der Verhandlung über die Reichseisenbahnen, wenn auch ohne weitere Folgen, aufs Tapet gebracht. Die beiden national-liberalen Abgeordneten List (Eßlingen) und Zimmermann, Vertreter des 2. Mecklenburgischen Wahlkreises, standen sich in der Beurteilung der Zweckmäßigkeit der Fehmarnbahn diametral gegenüber. Der süddeutsche List meinte, die Fehmarnlinie liege im dringenden Interesse Süddeutschlands, Südwestdeutschlands und der Hansestädte, weil letztere keine eigenen Eisenbahnen und keinen Anteil an den Erträgen hätten, die sie durch den Personen- und Güterverkehr brächten, hätten. Die Hansestädte könnten deshalb wohl Ansprüche darauf machen, daß ihre Wünsche tunlichst berücksichtigt würden. Im preussischen Eisenbahnministerium sei aber anscheinend wenig Neigung für die Fehmarnlinie vorhanden. Trotzdem hätten die Hansestädte, als auch die beteiligten süd- und westdeutschen Handelskammern ein großes Interesse an dem Bau der Fehmarnlinie. — Dagegen meinte der Abg. Zimmermann: Gemäß hätten West- und Südwestdeutschland, sowie auch Westeuropa ein gewisses Interesse an die neue projektierte Bahn; aber Mittel-, Ost- und Norddeutschland, seien vollkommen mit den jetzigen Verbindungen zufrieden. So sehr er auch alles begrüße, was Fortschritt heiße, gebe es doch im Leben der Völker noch manches, was in bezug auf die Einzelstaaten nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Mecklenburg sei an der nordischen Verbindung genau ebenso beteiligt als Schleswig-Holstein. Mecklenburg habe zuerst unter großen Opfern die beste Linie Warnemünde—Gjedser—

Kopenhagen gebaut, und sich auf die preussischen und dänischen Zusagen, daß diese mit so großen Opfern hergestellte Linie von diesen beiden Staaten in Zukunft immer berüchtigt werden würde, verlassen. Es seien Mängel an der Linie Warnemünde gefunden, aber auch Fortschritte seien zu verzeichnen. Die Linie sei 1886 mit nur einem Dampfer eröffnet worden. Bei dem steigenden Verkehr habe man 1892 schon zwei gegenseitige Dampferlinien einstellen müssen und nun arbeiteten schon seit mehreren Jahren zwei gegenseitige Dampffähren so, daß die Passagiere gar nicht mehr nötig hätten, den Eisenbahnwagen zu verlassen, sondern bequem von ihrem Ausgangs- bis zum Endpunkt ihrer Reise sitzen bleiben könnten. Im Zeitalter der Schnelligkeit sei die mecklenburgische Regierung bereit, alles zu tun, um eine Beschleunigung der Fahrt herbeizuführen. Warnemünde—Gjedser—Kopenhagen sei eine gewaltige Verkehrsader, die nicht nur für Mecklenburg, sondern auch für Berlin großen Wert habe. Auch das ganze Hinterland von Berlin, Mittel- und Ostdeutschland seien auf diese Linie angewiesen. Andererseits funktionierte die Linie Kiel—Korsör auch ganz vortrefflich. Gewiß habe sie heute noch eine Fahrtdauer von etwas über 9 Stunden. Die Handelskammern von Altona, Kiel und Flensburg, sowie auch die Landwirtschaftskammer von Schleswig-Holstein hätten sich entschieden gegen die Fehmarnlinie ausgesprochen, weil sie darin eine Entvölkerung des Verkehrs von Schleswig-Holstein und eine Zurückstellung und Kalkstellung dieser glücklichen Provinz erblickten. Dieser großen Provinz, die zu allen Opfern bereit sei, sei sowohl die preussische, als auch die dänische Regierung alle Rücksicht schuldig. — Was erwarte man denn eigentlich von der Linie Hamburg—Fehmarn? Gewiß einen größeren Personenverkehr. Der würde nicht ausbleiben. Zugegeben sei auch, daß West- und Süddeutschland sowie Westeuropa mit Freude über diese Linie nach den skandinavischen Ländern reisen würden, doch seien die finanziellen Vorteile so gering für den preussischen Fiskus, daß es sich nicht lohnen werde, große Opfer dafür zu bringen. Der große Güterverkehr werde sich niemals über diese kurze Eisenbahnstrecke ergießen, sondern nach wie vor den Schiffsverkehr vorziehen, weil der große Massenverkehr die Frachttarife der Eisenbahnen gar nicht tragen könne. Es handle sich nur um den Personenverkehr und außerdem um den kleinen Güterverkehr und um den Verkehr derjenigen Güter, die eine Umladung nicht vertragen könnten.

Soweit zur Information, der sich in dieser Verkehrsfrage entgegenstehenden partikularistischen und kapitalistischen Interessen. Da die Sache dem Anschein nach jetzt in Flux kommt, muß auch die Bevölkerung Lübecks Stellung zu dieser internationalen verkehrspolitischen Frage nehmen und da auch die Arbeiterschaft nicht wenig an dieser Frage interessiert sein dürfte, soll es unsere Aufgabe sein, in einem folgenden Artikel die Vor- und Nachteile der gegenwärtigen mit der geplanten Fehmarnlinie klar zu legen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gejementwürfe vor dem Reichstag.

Die Beratung des Kolonialetats hat eine eintägige Unterbrechung erfahren durch mehrere Gejementwürfe, die am Donnerstag im Plenum zur Verhandlung gelangten. Der Entwurf über Bürgerpflichten des Reiches zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde nach einer kurzen Erörterung der Wohnungskommission überwiesen. Genosse Göhre erklärte, daß die Sozialdemokratie in der Kommissionsverhandlung alle Anstrengungen machen würde, um die Ausdehnung des Gesetzes auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften zu erzielen, während es nach der Absicht der Regierung nur auf solche Genossenschaften Anwendung findet, deren Mitglieder Reichs- und Militärbienetete sind. Göhre hob mit Recht hervor, daß dann erst ein ansehnlicher Fortschritt erzielt werden kann.

Dann wurde das Postgesetz in dritter Lesung angenommen. Genosse Südekum hob noch einmal die schweren Bedenken hervor, die unsere Fraktion schon bei der zweiten Lesung geäußert hatte. Er zeigte namentlich, daß nach dem von den bürgerlichen Parteien abgeschlossenen Kompromiß ein Gesetz zustande kommt, das einen irgendwie nennenswerten Aufschwung des Postfachwesens nicht ermöglicht, und er sprach die Hoffnung aus, daß gerade die Mangelhaftigkeit des Gesetzes seine baldige Reform notwendig machen werde. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen verteidigten ihr Werk und brachten die Vorlage auch zur Annahme.

Zuletzt wurde das Luftverkehrsgesetz in erster Lesung behandelt. Ministerialdirektor Dewald empfahl den Entwurf und erhoffte im übrigen eine Verständigung über einzelne bereits angefochtene Bestimmungen. Ge-

soße Landberg bedauerte, daß eine nationale Regelung der Verkehrsverhältnisse einer internationalen Regelung vorausgehen sollte, die bei einer solchen Materie sich gewiß empfohlen hätte. Er beklagte im einzelnen eine Reihe von Mängeln und Fehlern, und hob namentlich hervor, daß die Vorlage den Behörden in manchen Fällen viel zu weitgehende Befugnisse anvertraut. Auch die Beschränkung der Haftsumme auf eine Höchstsumme erklärte unser Redner für unmöglich, und er forderte statt dessen die Verpflichtung zum Schadenersatz bei Unglücksfällen bis zur Grenze der höheren Gewalt. Die von unserem Redner beantragte Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern fand am Ende der Beratung statt. Auch der Zentrumsredner, Herr Dr. Belzer, wünschte eine weithergehendere Regelung der Haftpflicht, während der Nationalliberale Dr. Quark eine vorsichtige Ausgestaltung für angemessen hielt. Für eine Erweiterung der Haftpflicht sprachen sich der Konservativ-Dr. Dertel und der Volksparteiler Siehr aus. Auch Genosse Bendor brachte noch Material zugunsten der Anregungen bei, die von dem ersten Redner der Fraktion gegeben worden waren. Er forderte namentlich einen erweiterten Schutz der Steuerleute und Flugzeugführer.

Am Freitag wird die Duellinterpellation des Zentrums beraten. Die Beratung des Kolonialrats wird erst nächste Woche, und zwar am Donnerstag, fortgesetzt werden.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagsruhekommision des Reichstags kam am Donnerstag zunächst die Regelung der kaufmännischen Sonntagsarbeit für größere und kleinere Gemeinden gemeldet, soweit sie in einem einheitlichen Verkehrs- und Wirtschaftsgebiete liegen, zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Genossen Hoch und Dr. Quark das Gerücht zur Sprache gebracht, daß sich ein Teil des Zentrums mit der Regierung in Verhandlungen darüber befinde, ob sogar die völlige Sonntagsruhe für Gemeinden von über 75 000 Einwohnern noch fallen gelassen werden solle. Abg. Dr. Hize bestritt für die anwesenden Zentrumsmitglieder die Richtigkeit dieses Gerüchts und versicherte auf ausdrückliche sozialdemokratische Anfrage, daß er wünsche, die Kommission möge an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten. Dagegen kündigte die Regierung eine große Umfrage bei den Handelsvertretungen über die Grenze von 75 000 Einwohnern an, da zu viele Einsprüche gegen diesen Kommissionsbeschluß seitens der Städte und Pringipale eingelaufen seien. Genosse Dr. Quark erhob nachdrücklichen Einspruch dagegen, daß die Regierung nach ihren jeben abgegebenen Erklärungen wieder einmal nur die Geschäftsinhaber, nicht aber gleichzeitig die Angestellten befragen und hören wolle. Machte sie eine Umfrage, so habe sie die gebieterische Pflicht, beide Teile zur Äußerung aufzufordern. Im übrigen müsse die Kommission ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung ihre Beschlüsse an das Plenum bringen und durchzusetzen suchen. In der Abstimmung wurde unter Ablehnung des sozialdemokratischen Verbesserungsantrages mit allen bürgerlichen Stimmen beschloffen, die einheitliche Regelung für gewisse städtische Verkehrsgebiete der Verwaltungsbehörde nur bedingungsweise zu übertragen. Dagegen wurde auf sozialdemokratischen Antrag der Zusatz beschloffen, daß die Angestelltenverbände ebenfalls zu hören sind und daß die einheitliche Regelung auch die völlige Sonntagsruhe einschließen kann. Beschloffen wurde weiter die Beibehaltung der Möglichkeit weitergehender ortspatrimonialer Regelung und eine weitere Einschränkung der Ausdehnung dieser Regelung auf einheitliche Verkehrsgebiete, die nur fakultativ und abhängig von Prinzipalsanträgen von der bürgerlichen Mehrheit beschloffen wurde.

Ein zentralisiertes Schachergeschäft.

In Dortmund haben die sozialdemokratischen Stadterordneten seit Jahren gefordert, daß den ärmsten Bürgern der Stadt, die zu den fingierten Steuerlägen von 2,40 Mk. und 4 Mk. veranlagt sind, auch der kommunale Steuerzuschlag erlassen werden soll. Soweit über sozialdemokratische Anträge abgestimmt wurde, haben die Zentrumsstadterordneten dagegen gestimmt. In diesem Jahre erklärte nun der Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, daß der Magistrat der Forderung zustimme, aber machte dem Zentrum das wunderliche, gegeslich unbegründete Zugeständnis, daß der Erlaß nur erfolgen könne, wenn die Kirchengemeinden zustimmen. Und nun sagt das Zentrumsorgan, die „Tremonia“, die Kirchengemeinden würden ihre Zustimmung nur geben, wenn als Äquivalent 25 Prozent der Kirchensteuern auf den Kommunal-Etat übernommen würden. Die Forderung der Schwarzen erregte großen Unwillen, zumal die katholischen Geistlichen in der Hauptsache Agitatoren des Zentrums sind und die Übernahme der Kirchensteuern auf den Kommunal-Etat im letzten Grunde nichts weiter wäre als ein Beitrag zu den Agitationskosten des Zentrums auf dem Umwege durch den jehdigen Steuerträger. Die Hüßenden, deren Zahl sich unheimlich mehrt, würden so auch gezwungen, zu den Kirchenlägen beizutragen. Der kirchliche Apparat, der völlig im Dienste des Zentrums steht, ist in der letzten Zeit gewaltig ausgebaut worden. In den letzten 4 Monaten wurden in Dortmund allein drei neue katholische Gemeinden (Pfarren) begründet und bald jedes Jahr wird eine neue Kirche gebaut.

Der Jagdausflug des Kronprinzen.

Die Nationalliberalen haben die Anregung gegeben, zu der Reise des Kronprinzen nach Afrika aus Reichsmitteln 200 000 Mk. zu bewilligen. Die Sache war so gedacht, daß die bürgerlichen Parteien sich auf einen Beschlußantrag einigen sollten, um dem Kronprinzen die 200 000 Mk. als eine freiwillige Gabe des Reichstags berechnen zu können. Das Liebeswerben der Nationalliberalen hat aber offenbar wenig Erfolg gehabt, denn jetzt beantragt die Regierung werde dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, in der 200 000 Mk. Zuschuß zu den Ausgaben des Kronprinzen gefordert werden. — Die Regierung hat sich überlegen, ob sie dem Kronprinzen damit nicht einen regelrechten Bärendienst erweisen wird.

Denn es ist selbstverständlich, daß bei der Debatte die Person des Kronprinzen nicht aus dem Spiel gelassen werden kann. Denn für ihn wird ja das Geld verlangt. Der Kaiser hat seine Auslandsreisen stets aus seiner Tasche bezahlt, und der Kronprinz ist so reich, daß nicht der mindeste Anlaß dazu vorliegt, ihm aus den Mitteln der Steuerzahler 200 000 Mk. zu bewilligen. Die Reise dient schließlich in der Hauptsache der Jagd, denn von einer Studienreise kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kronprinz dort eben nur das sehen bekommt, was ihm die Beamten zu zeigen für gut befinden. Aus diesem Grunde kann auch nicht etwa gesagt werden, daß die Reise des Kronprinzen im Interesse des Reiches gelegen wäre.

Wahlrechtsänderungen in Braunschweig?

Die Agitation unserer Genossen in Braunschweig hat bereits einen Erfolg gezeitigt. Am Donnerstag erklärte Staatsminister Wolff im braunschweigischen Landtage, daß auf die Einbringung einer neuen Vorlage für das Landtagswahlrecht in diesem Jahre noch nicht zu rechnen sei, weil die vom Landtag bereits veranfaßten statistischen Erhebungen infolge Änderungen im Programm des Statistischen Amtes noch nicht abgeschlossen seien. — Hoffentlich läßt die Beendigung dieser Arbeiten nicht allzu lange auf sich warten.

Östliche Wahlzitten.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages setzte am Mittwoch die Prüfung des im Wahlkreise Labiau-Wehlau gewählten konservativen Obersten A. von Masow fort. Letzterer wurde in der Stichwahl gegen den fortschrittlichen Bürgermeister Wagner gewählt. Die Mehrheit betrug rund 400 Stimmen. Gegen die Wahl liegt ein umfangreicher Protest vor, der eine Unmenge der von den Konservativen in Ostpreußen beliebten unlauteren Wahlmittel auszählt. Neben Einschüchterung der Wähler durch Androhung von allerhand Nachteilen und Eingriffen von Amtspersonen in die Wahlagitiation zugunsten des konservativen Kandidaten spielen Stimmenkauf und Verteilung von Schnaps eine erhebliche Rolle. Unter anderem wird angeführt, daß ein Gutsbesitzer seinen Knecht derartig schlug, daß er mehrere Tage bettlägerig war. Grund: er erwies ihm beim Lesen eines liberalen Flugblattes. „Du darfst solch einen Wisch überhaupt nicht lesen, Du hast konservativ zu wählen“, lautete die Belehrung, die dem Geschlagenen dabei zuteil wurde. In einem Falle wird die Krankenhausverwaltung als Zeuge dafür benannt, daß Wähler wegen Alkoholvergiftung, die sie sich durch den konservativen Wahlschnaps zugezogen hatten, ins Krankenhaus eingeliefert worden sind. So ließen sich noch dutzend typische Beispiele dafür anführen, wie in Ostpreußen konservative Wahlen gemacht werden. Die Prüfung der Wahl wird nächste Woche fortgesetzt.

Kritik der Prügelpädagogik in Elsaß-Lothringen.

In der Mittwoch-Sitzung des Elsaß-Lothringischen Landtages wurde über einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beraten, der die Regierung ersucht, ihre Bundesratsbevollmächtigten dahin zu instruieren, daß sie bei Beratung der Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im Bundesrat für die völlige Sonntagsruhe eintreten; im Falle der Ablehnung der völligen Sonntagsruhe durch Reichstag und Bundesrat die Regierung dann zu ersuchen, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die völlige Sonntagsruhe in Elsaß-Lothringen eingeführt wird. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Debatte kam dann Gen. Peirates auf das Prügelsystem der Volksschule zu sprechen und forderte durch eine Resolution, daß in der Volksschule, ebenso wie bereits in den höheren Schulen, die Prügelschläge abgeschafft werden soll. Er unterbreitete dem Hause einen Brief, der ein wahres Kulturdokument für die Prügelschläge in den Elsaß-Lothringischen Volksschulen darstellt. Der Brief lautet:

„An die Redaktion der „Freien Presse“ in Straßburg! Ist jemand verpflichtet, sein Kind einem Geistlichen im Religionsunterricht weiter anzuvertrauen, der die Kinder mit dem Prügelschlag so traktiert, daß blau und grün unterlaufene Striemen an Rücken, Schenkel, Gesäß zurückbleiben, bloß aus dem Grunde, daß sie Sonntags aus Mangel an Sonntagskleidern die Kirche nicht besucht hatten. Dieser noble Erznazarener befahl den Jungen, es waren 5 oder 6, einer nach dem anderen sich auf die Bank zu legen. Daß er bequemer auf die armen Teufel losschlagen kann, müssen andere Jungen sie an den Händen und Füßen festhalten. So bringt dieser Gottesjünger den Jungen die Lehre des Reiches Gottes bei. Nach Schluß der Exekution muß der Verdroschene vor dem Herrn Abbe stehen und sagen: „Danke, Herr Abbe!“ Meines Erachtens wäre es besser angebracht, wenn dieser Herr sich selbst zum wahren Christentum bekehren möchte, als seine Zöglinge sich gewalttätig zu unterwerfen; denn Christus bediente sich anderer Mittel, den Kindern die Lehre Gottes beizubringen. Bald hätte ich noch vergessen, daß betreffender Herr sich noch eines anderen Mittels zur bequemeren Prügung bedient. Ein Lederrücken wird vornüber vom Genick bis unten an die Füße geschnallt, angebracht und so der Körper in eine gebückte Haltung gebracht oder geschnallt und dann nach vollzogener Züchtigung bemerkt: „So, jetzt geht und erzählt es Euren Eltern, Vettern und Basen, wie es Euch ergangen ist. Das schert mich wenig!“

Dieser Brief rief lebhafteste Unruhe innerhalb der Zentrumsfraktion hervor. Sie schickten ihren Prof. Müller vor, der weiter nichts gegen den Brief vorbringen konnte, als daß der betr. Geistliche vor kurzem verstorben sei. — Es entwickelte sich dann eine Schuldebette, in der die Gen. Emmel und Peirates den sozialdemokratischen Standpunkt vertraten und hervorhoben, daß die Schule die Kinder zu freien Menschen machen solle und nicht so, wie die Zentrumsler durch ein gefordertes Schulgesetz die Kinder zu Menschen machen wollen, die in den engen Rahmen einer Konfession eingezogen werden sollen.

Afrika.

Die Arbeiterfrage in Südafrika. Am Oberhaus des südafrikanischen Parlaments erklärte Bothas getreuer Janulus, General Smuts, die Regierung änderte ihre Ansicht über die Verschickung der Arbeiterführer nicht. Die Verschickten seien für immer von der Einwanderung ausgeschlossen, doch würden gesetzliche Vorkehrungen getroffen, um „unter gewissen Bedingungen“ eine zeitweilige Rückkehr zu gestatten. Der frühere Premierminister der Kapkolonie, Schreiner, protestierte entschieden gegen die Indemnitätsbill und forderte Beweise für die Verbesserung der Verschickten. Wenn der aufrührerische Charakter ihrer Neuzugungen nachweisbar sei, hätte das ordentliche Gericht entscheiden müssen. Wenn die Regierung die Schuld der Männer nicht beweisen könne, würde er beantragen, einen Gerichtshof über alle Fragen, die sich aus der Bill ergäben, einzusetzen. — Daß die Regierung weder Beweise noch auch nur einen Schein solcher gegen die Arbeiterführer hat, ist klar; denn sonst hätte sie natürlich das Gericht entscheiden lassen. Wie es mit den Beschuldigungen gegen die Arbeiter überhaupt steht, zeigt eine Depesche aus Pretoria, 12. März: Der Generalstaatsanwalt von Transvaal lehnte die Strafverfolgung mehrerer Arbeiterführer ab, nachdem das Vorverfahren wegen der Agitation im Eisenbahnerstreik eingeleitet ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 13. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochhofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Müget die Zeit...

Noch zwei Wochenabende und ein voller Sonntag stehen zur Agitation für die rote Woche zur Verfügung. Täglich laufen Parteiaufnahmen in großer Zahl ein. Aber die Abonnentenzahl des „Volkboten“ ist noch nicht in dem gleichen Maße gestiegen wie die Mitgliederzahl. Das muß noch nachgeholt werden. Erinnern wir uns heute an ein 14 Tage zurückliegendes Ereignis aus der Geschichte des Zeitungswesens, das leider recht beschämend genannt werden muß. Die in dem Neuenverlag und der Zeitungsfabrik von Müllstein in Berlin hergestellte „Berliner Morgenpost“ hatte den vierhunderttausendsten Abonnenten zu verzeichnen und segelt jetzt auf die halbe Million Leser zu. Es ist so sicher wie $2 \times 2 = 4$, daß von den 100 000 Lesern der „Morgenpost“, mindestens 300 000 zu den Schichten zählen, die ihrer ganzen Klassenlage nach zu uns gehören. Die meisten von ihnen sind ohne Zweifel sozialdemokratische Reichstagswähler, die den „Vorwärts“ lesen müßten, der nur ein Drittel sozial Abonnenten aufzuweisen hat, wie in der Reichshauptstadt Stimmen für uns abgegeben worden sind. Das ist eine tief beschämende Tatsache!

Aber ist es bei uns viel besser? Bleibt nicht auch bei uns im Lübeckischen noch manches zu wünschen übrig? Hat nicht auch der hiesige „General-Anzeiger“ sogar in Arbeiterkreisen eine Abonnentenziffer, die uns zu denken gibt. Hand aufs Herz! Es ist so! Gewiß ist es richtig, daß unser Blatt sich ganz prächtig entwickelt hat, daß wir die besten Arbeitsbedingungen, die höchsten Löhne aufweisen können, daß auch hier wie im ganzen Reich unsere Presse eine Macht darstellt. Während früher viele Wochen- und Halbwochenblätter in unserer Partei vorherrschten, sind es jetzt fast alle Tageszeitungen mit rund 1 1/2 Millionen Lesern.

Aber gerade bei allem vollberechtigten Stolz über das Erreichte, können wir nicht zufrieden sein. Auf dem Gebiete der Presse liegt das schwerste Stück Arbeit der roten Woche noch vor uns. Es gibt noch eine erhebliche Anzahl von Arbeitern, die wohl unsere Wähler, auch Mitglieder unserer Gewerkschaften, aber noch nicht Leser unseres „Lübecker Volkboten“ sind. Diese als Abonnenten zu gewinnen, muß die vornehmste Aufgabe der tätigen Genossen sein. Macht es jedem Kollegen klar, daß er die geschworenen Feinde seiner Klasse unterstützt, wenn er ein bürgerliches Blatt abonniert. Macht es ihm klar, daß er ein Verräter an seinen Interessen und an seinen Arbeitsgenossen ist, wenn er sich zu den Abonnenten der bürgerlichen Presse zählt und nicht zu denen der Parteipresse. Rührt noch die letzten Tage der roten Woche aus. Mit aller Kraft!

Für die Gewinnung neuer Abonnenten des „Lübecker Volkboten“!

Für die Gewinnung neuer Mitglieder der Partei!

Die Ältesten Badenheimer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bringt das Lübecker Amtsblatt in zwei langen Artikeln, die es aus dem Scharfmacherorgan „Deutsche Industrie“ herausgeschnitten hat, in dem sie ein Hocherlebenser Maschinenfabrikdirektor abgelagert hat. Besonders an den Gewerkschaften und ihrer gegensätzlichen Tätigkeit für die Arbeiterklasse wird kein gutes Haar gelassen. Solche Scharfmacherischen Schimpferien ziehen aber heutzutage nicht mehr, denn die Tatsachen reden eine viel zu deutliche Sprache. Wo sind denn Arbeiter, die ohne Hilfe ihrer Organisation eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage erzielt hätten? Wo sind die Unternehmer, die aus freien Stücken in ihren Betrieben die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne dementsprechend erhöht haben? Nur die Macht der Arbeiterorganisationen ist es, die sie dazu zwingt. Daher der Haß der Unternehmer und Unternehmern gegen die Gewerkschaften und ihre Führer, die sie am liebsten dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst. Denn die schrankenlose Ausbeutungsfreiheit der menschlichen Arbeitskraft ist das Ideal der Scharfmacher. Daß auch die jartam bekannte Behauptung von den „sozialdemokratischen Beamten und deren schönen, einträglichen und wenig anstrengenden Posten“ den Artikel des Amtsblattes schmückt, ist selbstverständlich; nur nimmt er sich sehr hübsch aus in dem Munde eines Mannes, dessen Tätigkeit sichertlich eine weit geringere ist als diejenige der

Arbeiterführer und dessen Gehalt mindestens zehnmal so hoch ist, als dasjenige der von ihm geschmähten Leute. Die „Lübedischen Anzeigen“ suchen mit der von ihnen veröffentlichten Schmutzware aus der reaktionären Presse auf ihre Art die rote Wache der Sozialdemokratie zu unterkriegen. Wir sind ihnen dafür zu gebührendem Danke verpflichtet, denn ihre niedrigen Anwürfe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften werden sicher dazu beitragen, daß die uns noch fernstehenden Arbeiter erkennen, wie notwendig es ist, sich auch politisch zu organisieren und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren, die sich die Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Reaktion und dem Ausbeutertum zur Aufgabe gemacht hat.

Der abgewiesene Lübeder Kapitän v. Driff. In der Nr. 18. der „Schiffahrt“ vom 30. August 1913 war folgende Notiz aus Lübeck enthalten:

„Auf dem Dampfer „Zar“ (Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft) soll die Betätigung eine miserabile sein. Auf der Reise von Lübeck nach Kronstadt haben die Mannschaften kein frisches Fleisch erhalten. In Kronstadt wurde den Heizern auf ihre Beschwerde erklärt, daß auch in Kronstadt (zürfa 60 000 Einwohner) kein frisches Fleisch zu haben sei. Die Stewardess sagte, sie gäbe gern 10 Rubel aus, aber es sei kein frisches Fleisch zu haben. Drei Heizer sind dann anlässlich der Beschwerde, wie der Kapitän selbst sagte, gefänglich genommen worden. Was jagte die Reederei zu diesen Vorwürfen?“

Wegen dieser an sich harmlosen Notiz, die auch der „Lüb. Volksbote“ übernahm, ließ der Lübeder Kapitän v. Driff zum Hamburger Radl und zwar beauftragte er die Hamburger Rechtsanwältin Dr. Wedewede und Kämpel mit dieser Mission, weil die „Schiffahrt“ auch in Hamburg Abnehmer hätte und Verbreitung fände. Am 4. Oktober 1913 wurde die Anklage erhoben. Die Redaktion der „Schiffahrt“ erhob Einspruch wegen Nichtzuständigkeit des Hamburger Gerichts. Der stiegende Gerichtsstand der Presse besteht in diesem Umfange glücklicherweise nicht mehr. Der Lübeder Kapitän v. Driff hat nicht einmal seinen Wohnsitz in Hamburg. Das Hamburger Gericht hätte den Einspruch anerkennen müssen. Das haben die Herren Rechtsanwältin in Hamburg schließlich auch wohl ein, sie hatten sich behaupten und Kapitän Driff zog im November 1913 seine Klage beim Hamburger Gericht schließlich zurück, um sie beim Amtsgericht Berlin-Mitte wieder anhängig zu machen. Damit hatten die Herren Rechtsanwältin Dr. Wedewede und Kämpel den zweiten Vorwurf geschossen, denn die beklagte Redaktion erhob erneuten Einspruch und beantragte Zurückweisung der Klage, da eine einmal zurückgezogene Klage nicht erneut erhoben werden kann, noch dazu bei einem zweiten Gericht. Auch das hätten die Herren Hamburger Rechtsanwältin wissen können, denn die Beklagte stützte ihren erneuten Abweiserungsantrag auf eine publizierte Kammergerichts-Entscheidung vom 22. April 1913. Auch diesem Abweiserungsantrag mußte das Berliner Gericht stattgeben und so erging dann am 25. Februar 1914 folgender Beschluß:

„Die Privatklage des Kapitäns Haas v. Driff zu Lübeck gegen den Redakteur Paul Müller zu Berlin wird kostenpflichtig zurückgewiesen.“

Der Privatkläger hat gegen den Beschuldigten zunächst Klage vor dem Schöffengericht Hamburg erhoben, hat dieselbe dann aber wegen Unzuständigkeit des Gerichts zurückgezogen. Damit hat sich Privatkläger seines Klagerrechts beraubt. Gemäß § 432 St.P.O. kann die zurückgenommene Privatklage nicht von neuem erhoben werden. Diese Vorchrift bezieht sich nicht nur auf die Fälle materieller Zurücknahme der Klage, sondern auch auf diejenigen Fälle, wo die Klage, wie hier, wegen Unzuständigkeit des Gerichts zurückgezogen wird. (Vergl. Urteil des Kammergerichts vom 22. April 1913, Akt. 5. B. 76/12 Amtsgericht Neuföhren.)

Berlin, den 19. Februar 1914.
Königl. Amtsgericht Berlin-Mitte.
Abteilung 149.
gez. Hoffheinz.“

Die „Schiffahrt“ bemerkt dazu: Damit aber Herr Kapitän v. Driff sich nicht der irrigen Auffassung hingibt, als seien wir nun durch diesen für ihn etwas blamablen Gerichtsbeschluß aus einer „prozessualen Klemme“ befreit, erklären wir ausdrücklich, daß wir dem Gericht in vollem Umfange Beweis für den gesamten Inhalt der inkriminierten Notiz angeboten haben. Wäre es zur Verhandlung gekommen, Herr Kapitän v. Driff hätte sein bleues Wunder erlebt. Hoffentlich genügt die Lektion. Auch gegen den „Lübeder Volksboten“ hatte Herr v. Driff eine Klage angehängt, von der wir seit Monaten nichts mehr gehört haben.

b. Schöffengericht am 12. März. Sie wehren sich ihrer Haut! Ein eigenartiges Geschäft gingen der Arbeiter B. und der Tapezierer Ko. ein. Dieser arbeitete dem guten Bekannten Matrasen auf, berechnete die Arbeit sehr billig, für 4,50 Mark und B. wiederum war ebenfalls entgegenkommend. Er zahlte mit — Linoleum, zwei Rollen, die er aus dem Lager seines Arbeitgebers holte und die einen Wert von 50 Mark hatten. Der Angeklagte B. durfte dieses Linoleum nicht verkaufen, da es zum eigenen Bedarf dienen sollte, er vergaß aber auch, den von Ko. auf den Zettel genommenen Rest auf sein Konto im Geschäft schreiben zu lassen. Später, als er sich dieser Unterlassungssünde wieder erinnerte, wollte er sie nicht mehr gut machen, weil er fürchtete, es könnte ihm kränken genommen werden. Weder der Arbeiter B. noch der Tapezierer wollen den wirklichen Preis der Ware gekannt haben, obwohl die Zeugnisaussagen anderer Meinung sind, da sie beide lange Jahre mit diesem Material arbeiteten. In fünfjähriger Verhandlung suchen die Angeklagten und ihre Verteidiger die Unschuld zu beweisen, von deren Gegenteil der Staatsanwalt überzeugt ist, weshalb er gegen B. wegen Diebstahls 4 Wochen und gegen Ko. wegen Hehlerei und Diebstahls 5 Wochen Gefängnis beantragt. Eine Besorge soll hier hinzutreten, da Ko. in demselben Geschäftshaus, wo er oft zu tun hatte, zwei Messingstangen mehr mitnahm, als er kaufen wollte. Angeklagt nur zum Aussehen. Er wurde beim Weggehen durch den Flur angegriffen und erklärte dann sofort, man solle es im Kontor aufschreiben, er nehme sie nur zum Aussehen mit. Das Urteil lautet bei B. auf 2 und bei Ko. auf 3 Wochen Gefängnis.

Arbeiterriß. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Donnerstag mittags 11¼ Uhr in der Schiffbauabteilung der Lübeder Maschinenbau-Gesellschaft. Die Leute waren dort damit beschäftigt, am Heck einer Schute einen Hintersteven zu befestigen, ohne daß zu diesem Zwecke, wie das eigentlich erforderlich ist, eine Stellege angebracht war. Der Steven war aber gebrochen, was in der Eile niemand bemerkt hatte. Nun brach beim Anfahren der größte Teil des Stevens ab und fiel dem Schiffbauhelfer Chr. Riß auf den Kopf. Blutüberflutet und besinnungslos blieb der Bedauernswerte liegen. Nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, wurde der Verletzte mittels Sanitätswagens nach dem Krankenhaus befördert. Wäre eine vorrichtigsmäßige Stellege, wie sie bei der nebenan liegenden Schute vorhanden war, angebracht gewesen, so hätte sich der Unfall nicht ereignen können. Das Akkordsystem, das ein unausgesetztes Hanten und Fagen zeitigt, trägt in letzter Linie an solchen Vorkommnissen die Schuld.

pb. Schwindlerin. Festgenommen wurde ein hiesiges Dienstmädchen, das sich stellunglos in hiesiger Stadt umhertrieb und sich auf den Namen verschiedener Personen, bei denen sie in Stellung zu sein vorgab, Butter, Fleisch und Wurstwaren, sowie Backwaren erschwindelte. Bei der Betrügerin wurde ein Glibderarmband aus gelbem Metall mit Sicherheitskette und ovalem Schild mit rotem Stein gefunden, über dessen rechtmäßigen Erwerb sie sich nicht auszuweisen vermag. Das Armband wurde beschlagnahmt und kann von der rechtmäßigen Eigentümerin im Bureau der Kriminal-Polizei in Empfang genommen werden.

Kritik Nittschers Hansa-Theater. Man schreibt uns: Den großen Erfolg, den die Kinder-Kabarettvorstellung vorigen Sonntag hier wieder gehabt, die auch in Berlin mit großem Beifall aufgenommen ist, veranlaßt die Direktion diese nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, zu wiederholen. Außer den Kinderliedern, von bekannten Kinder-Darstellerinnen aus Hamburg gelangt und gesungen, wird der zweite Akt der urkomischen Posse „Robert und Vertram“ oder die lustigen Bagabunden wiederholt, der vorigen Sonntag mit so großem Jubel gegeben wurde. Eine ganz besondere Ueberraschung wird aber den Kindern noch dadurch geboten, daß Herr Charly Wittung einige seiner originellen Couplets im Hamburger Dialekt singt, so daß ein genußreicher Nachmittags in Aussicht steht.

Für das Sommer-Theater im Hansa-Theater hat Herr Direktor Albert das neueste Werk, Gerhart Hauptmanns wertvolles Schauspiel „Der Hagen des Odysseus“, erworben, das in Berlin und anderen Großstädten den lebhaftesten Beifall erzielt.

Im Metropol-Theater gelangt jetzt ein Filmdrama aus den Dschungeln zur Vorführung, das den Titel „Unter Indiens Glutensonne“ führt. Raubtierjagden, indische Feste, Bajaderentänze, Kämpfe, ein Schiffstrand auf offenem Meere, die wunderbare Rettung dreier Schiffbrüchiger, ihre Gefangennahme und gefahrvolle Flucht stehen in technisch vollendeten, einbrucksvollen Bildern an den Zuschauern vorüber. Von besonderer Wirkung sind die farbenprächtigen Dschungellandschaften und Seebilder.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Auf die morgige, vielfach gewünschte „Hamlet“-Aufführung sei hiermit nochmals hingewiesen. Für den Sonntag sind es die Namen Mascagni und Leoncavallo, die den Wert des Abends ausmachen. Mit Frau Helene Offenburg und Herrn Kolowich in den Hauptpartien und unter der musikalischen Leitung Dr. Sarkens geht „Cavalleria rusticana“ in Szene; unter Carl Pfeifers Leitung mit Frau Elly Schmidt, Herren Schöffel und de Carmo der Lebensbeichte „Bajazzo“. Heute werden die „Meisterlieder“ gegeben. Diese letzte Aufführung des Meisterwerks der deutschen komischen Oper empfehlen wir noch einmal der ganz besonderen Beachtung unseres Publikums.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Sonnabend — von 5 bis 7¼ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski „Gasthof zur Linde“ statt.

Secres. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines findet am Sonntag, dem 16. März, abends 8 Uhr im Parteilokal statt. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

w. Män. Stadtratswahl. Sonnabend ist die Wähler Bürgerliste bezuhen, einen Stadtrat zu wählen. Das Mandat des Stadtrats Osterwald ist abgelaufen. Solche Stadtratswahl ist in den Gesetzen der schleswig-holsteinischen Städteordnung ein merkwürdig Ding. Eine aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten bestehende Präsentationskommission hat drei Kandidaten vorzuschlagen, von denen die wahlberechtigten Bürger, hier also alle die, welche 6 Mark Stanteinkommensteuer bezahlen, einen zu wählen haben. Die Wähler haben also nicht das Vorschlagsrecht, sondern nur zu wählen, was die Präsentationskommission vorgeschlagen hat. Dieses Wahlrecht hat seine Schattenseiten für die Bürgerlichen und erst recht für die Sozialdemokratie. Es ist im allgemeinen ausgeschlossen, daß von einer Präsentationskommission ein bekannter Sozialdemokrat präsentiert wird und deshalb ist für die Partei die Parole ausgegeben: an Stadtratswahlen beteiligen wir uns nur in ganz bestimmten Fällen. Für solche Fälle ist von den Ortsvereinen die Zustimmung der Zentrale einzuholen. — Für die bevorstehende Wahl sind der ausscheidende Stadtrat Osterwald, Stadtverordneter Wolf und Meierbeißer Evers präsentiert. — Auf dem Städtetag in Malmö 1906, der sich mit der Aenderung des Kommunalwahlrechts befaßte, erklärte Oberbürgermeister Ruer-Neumünster bezüglich der Präsentationskommission und der von dieser vorzuschlagenden Kandidaten: Diese nach pflichtgemäßem Ermessen und unter dem Eindruck der der Stadtgemeinde gegenüber übernommenen Verantwortung stattfindende Präsentation erfolgt nun in den meisten Fällen nicht in der Annahme, daß die präsentierten Kandidaten gleichwertig sind; daher pflegt vielfach und namentlich dann, wenn es sich um Wiederwahlen handelt, die Kommission es als einen lästigen Zwang zu empfinden, daß sie außer der ihrer Ansicht nach allein gegebenen Persönlichkeit noch zwei weitere Kandidaten namhaft machen muß. Bei solcher Sachlage ist es vorgekommen, daß neben den in Betracht kommenden Kandidaten zwei weitere mit aufgestellt worden sind, von denen von vornherein anzunehmen war, daß sie von der Bürgerliste nicht gewählt werden oder daß sie im Falle ihrer Wahl die Annahme der Wahl ablehnen würden. — Der Oberbürgermeister wußte also, wie es gemacht wird, wenn man seinen Mann wiedergewählt haben wollte. Uns sind die drei Kandidaten als Personen gleichgültig, aber etwas Ähnliches scheint sich hier abzuspielen, denn der Meierbeißer Evers hat schon gebeten, von seiner Wahl Abstand zu nehmen und von heute bis zur Wahl kann sich noch viel ereignen, zumal der Alte Bürgerverein für seinen Kandidaten, Stadtverordneter Wolf, im Gegensatz zum Neuen Bürgerverein, dessen Kandidat der ausscheidende Stadtrat Osterwald ist, irgendwelche bemerkbare Agitation noch nicht betrieben hat. — Wir wollen damit nicht sagen, daß es dem Alten Bürgerverein mit seiner Gegenjählichkeit zum Neuen Bürgerverein nicht ernst ist, können aber nicht umhin dem Verdacht Ausdruck zu geben, daß es ihm mit der Kandidatur Wolf nicht ernst ist, sonst müßte er mehr für seinen Kandidaten werben. Auch die Gründe, die für die Kandidatur Wolf angeführt werden, Erledigung des von diesem vertretenen Stadtratsmandats und Neuwahl eines Stadtverordneten, können uns nach dem Verhalten des Alten Bürgervereins bei der letzten Stadtratswahl, wir meinen die von diesem unterstützte Wahl eines Beamten zum Stadtverordneten, die nötige Ueberzeugung nicht beibringen. — Und so wird denn am Sonnabend der Mann der Präsentationskommission, der bisherige Stadtrat, der Sieger sein. Für die Sozialdemokratie, für die Arbeiterliste, gilt die Parole: „Händeweg von solchen Wahlen!“

Bremen. Die Bürgerliste hat am Mittwoch die Erweiterung des Elektrizitätswerks, Vergrößerung der Wasserkraftanlage mit einem Kostenaufwande von 2 210 000 Mk., beschlossen. Herr Biermann

gab ein äußerst günstiges Bild von dem finanziellen Ergebnis des Elektrizitätswerks. Gegenüber dem Uberschuß von 800 000 Mk. im Vorjahre stellte er für das jetzt beginnende Rechnungsjahr einen Uberschuß von 1 156 000 Mk. in Aussicht, neben 1 158 000 Mk. für Abschreibungen. Nach der Fertigstellung der sechs neuen Turbinen würde ein weiterer Gewinn von mindestens 84 000 Mk. jährlich erzielt werden. Genosse Waigand wies darauf hin, daß man den Verbrauch der Elektrizität in den Wohnhäusern, besonders auch denen der Arbeiter, durch Verbilligung der Anschlüsse, die 50 bis 60 Mk. betragen, mehr entgegenkommen müsse. Der Jahresbericht in betriebl. des Schulwesens gab unserem Genossen Holzmeier Gelegenheit, Kritik an der Methode beim Schulunterricht an den Volksschulen zu üben. Besonders hob er hervor, daß die Volksschule durch die Trennung in entgeltliche und unentgeltliche Schulen, insbesondere letztere, nimmere zur Armenthümlichkeit werde. Er verwies auf das Resultat der unentgeltlichen Schulen, die von 1902 gegen 11 774 Schüler der entgeltlichen Schulen besucht werden. An den entgeltlichen Schulen erreichten 79,05 Prozent, in den unentgeltlichen nur 59,6 Prozent das Ziel. Die Rechte war über die Kritik sehr ungehalten und beantragte sofort Schluß der Debatte. — Ein Antrag unserer Fraktion wünschte eine Besserstellung der Einkassierer beim Wasserwerk. Genosse Behle, der den Antrag begründete, wies besonders darauf hin, daß eine bessere Art der Einkassierung eingeführt werden müsse. Es sind durch das jetzige System eine Anzahl Kassierer strafbar geworden. Der Antrag wurde zwar vom Rechnungsführer bekämpft, aber angenommen.

Bremen. Einundsechzig Millionen Reingewinn. Der Norddeutsche Lloyd kann auf ein außerordentlich günstiges Geschäftsjahr zurückblicken, ist es ihm doch gelungen, den Reingewinn von 51,3 Millionen im Jahr vorher auf 61 Millionen, also um 9,1 Millionen zu erhöhen. Und die Dividende wird von 7 auf 8 Prozent erhöht, ein Ergebnis, das um so mehr ins Auge fällt, als noch 1909 keine Dividende zur Verteilung kommen konnte, im darauffolgenden Jahre 3, dann 5, und 1912: 7 Prozent. Auch die Abschreibungen sind reichlich. Sie betragen 30,1 (i. B. 24,2) Millionen Mark, darunter 6 (i. B. 4) Millionen Mark Extraabschreibungen auf Seepadpfer, und nach Zuweisung von 1 380 000 (i. B. 1 240 000) Mark an den Versicherungsfonds, von 825 000 (i. B. 735 000) Mark an den gesetzlichen Reservefonds, von 4,75 (4,55) Millionen Mark an den Erneuerungsfonds, und von 319 000 (389 000) Mark an den Talonsteuerfonds. Damit erreichen die ausgewiesenen Fonds, Reservefonds, Erneuerungsfonds usw. des Norddeutschen Lloyd eine Höhe von rund 35 Millionen Mark gegen rund 28 Millionen Mark im Vorjahre. Die Finanzlage der Gesellschaft ist, so wird voraussichtlich ferner mitgeteilt, weiter beträchtlich gestärkt worden, indem Kreditoren von insgesamt 24 (i. B. 21,5) Millionen Mark an Debitoren, Bankguthaben usw. sowie als An- und Vorauszahlungen auf Dampfneubauten 66,4 (i. B. 39,9) Millionen Mark gegenüberstehen. Gleichzeitig betragen die vorausbezahlten Passagiergelder und Vorträge für schwebende Schäden und Risiken 19,9 (i. B. 13,9) Millionen Mark. Die Gesellschaft verfügte Ende 1913 über disponible Mittel im Gesamtbetrage von 62 (i. B. 51) Millionen Mark. Seit Beginn des neuen Jahres sind weitere Vorauszahlungen auf die noch im Bau befindlichen 17 Seepadpfer von zusammen rund 200 000 Registertonnen geleistet, so daß zurzeit nur noch 45½ Millionen Mark an Schiffbauausgaben inkl. Einrichtungs- und Ausrüstungskosten vorhanden sind, die bis zum Herbst des Jahres 1915 fällig werden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Der vierte Abend des Lustspiel-Zyklus der Weltliteratur brachte zwei Werke des Italiensers Goldoni, nachdem in den vorhergehenden drei Vorstellungen je ein Griechischer, Römer, Britte, Franzose und Deutscher zum Publikum gesprochen hatte. Goldoni wurde 1707 in Venedig geboren und starb in Paris im Jahr 1793. Das gestern zuerst aufgeführte Lustspiel „Ein Diener zweier Herren“ ist noch eine Art Farlekinade. Dieser tölpelhafte und doch mit einer gewissen Schläue begabte Diener, der im Mittelpunkt des Stückes steht und die mancherlei mehr oder minder ergötlichen Bewandlungen anzurichten hat, wirkt mehr mit den Gliedern, als durch das, was er sonst sagt und tut. Solche possenhafte Übertreibungen, wie sie beispielsweise beim Auftragen und Waschen der Speisen zu verzeichnen sind, machen doch heute wohl nur auf naive Gemüter Eindruck. Herr Hilbert bemüht sich buchstäblich im Schweiße seines Angesichts, als für unsern Geschmack unmäßiger Diener zweier Herren das Publikum zu vergnügen. Manchmal gelang ihm das auch. Im ganzen ließ jedoch die Lustspiel, das Herr Scheweisguth inszeniert hatte, recht viel. Daran vermochten auch die Leistungen der übrigen Darsteller in den meist belanglosen Rollen nichts zu ändern.

Weit amüsanter war „Mirandolina“, das zweite Stück, das französischen Spirit atmet und sehr lustig die Pörmung eines Weiberfeindes durch die schöne Wittin Mirandolina wiedergibt. Auch die Nebenfiguren, der verliebte Habentichs von Marquis, der verschwenderrische Graf usw. sind prächtig gezeichnet. Für die Titelrolle war Frau Walery vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg gewonnen worden, die alle Mienen liebenswürdig, schalbacher Kollerette springen ließ und so sicher den frauenfeindlichen Baron wie auch zugleich das Publikum für sich zu gewinnen mußte. So einem charmanten Persönchen konnte niemand widerstehen. Den berühmten Väter gab Herr Brunow, der auch die Regie führte, mit urwüchsigem Humor und wirkungsvoller Komik, dabei frei von Übertreibungen, zu denen die Figur leicht verleiten kann. Es war ein Genuß, dem wohlbedachten Spiel dieser beiden Künstler zu folgen. Den Marquis und den Grafen kann man sich noch unterhaltender denken als in der Verführung durch die Herren Tröndle und Kowallewski, die nichts Rechtes damit anzufangen mußten. Da auf dem Theaterzeitel die Zahl der Akte des Lustspiels „Mirandolina“ nicht und der Schluß der Vorstellung falsch angegeben war, so hätte nicht viel daran gelegen, daß die Theaterbesucher um den letzten Aufzug gekommen wären, zumal ja die Handlung auch mit dem zweiten Akt beendet erscheint. Jedenfalls war schon so ziemlich alles auf der Flucht aus dem Theater begriffen, als dringende Glockensignale darauf hinwiesen, daß das Stück noch nicht zu Ende sei. Sonst hinterließ die Vorstellung erfreuliche Eindrücke. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwardt, Druck: Friedr. Wegert & Co. Sämtlich in Lübeck

finden durch den „Lübeder Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeder Volksboten“

Inserate

Freitag, den 13. und
Sonnabend, 14. März

Enorm billige Extra-Preise

für Gemüse- und Frucht-Konserven.

Ca. **6000** Dosen Braunschweiger Gemüse- und süddeutsche Fruchtkonserven, bekannt erstklassige Qualitäten in **strammgepackten Normaldosen** (Probedosen sind zur Ansicht geöffnet.)

	2-7-Dose 1-7-Dose			2-7-Dose 1-7-Dose			2-7-Dose 1-7-Dose	
	Netto:			Netto:			Netto:	
Stangenspargel la. extra stark . . .	185. M.	95. ⚭	Junge Erbsen extra fein	105. M.	57. ⚭	Kirschen süßsauer	78. ⚭	44. ⚭
Stangenspargel la. stark	162. M.	90. ⚭	Junge Erbsen mittelfein	54. ⚭	29. ⚭	Kirschen ohne Stein	100. M.	57. ⚭
Stangenspargel la. mittel	150. M.	75. ⚭	Junge Erbsen	41. ⚭	26. ⚭	Mirabellen	78. ⚭	44. ⚭
Stangenspargel la. zart	108. M.	59. ⚭	Suppen-Erbsen	36. ⚭	23. ⚭	Pfirsiche geschält	—	62. ⚭
Brechspargel extra stark	150. M.	80. ⚭	Erbsen mit Karotten	43. ⚭	26. ⚭	Heidelbeeren	62. ⚭	36. ⚭
Brechspargel stark	140. M.	75. ⚭	Teltower Rübchen	65. ⚭	36. ⚭	Himbeeren	117. M.	63. ⚭
Brechspargel mittel	118. M.	68. ⚭	Grünkohl	32. ⚭	21. ⚭	Johannisbeeren	82. ⚭	42. ⚭
Suppenspargel	53. ⚭	—	Weißkohl	29. ⚭	—	Ananas zu Bowlen	110. M.	62. ⚭
Leipziger Allerlei sehr fein	115. M.	62. ⚭	Sellerie in Scheiben	63. ⚭	36. ⚭	Reineklauden	83. ⚭	44. ⚭
Leipziger Allerlei fein	90. ⚭	50. ⚭	Perlbohnen	42. ⚭	26. ⚭	Stachelbeeren	—	40. ⚭
Leipziger Allerlei mittel	63. ⚭	37. ⚭	Wachsbohnen	65. ⚭	24. ⚭	Gemischte Früchte	90. ⚭	57. ⚭
Leipziger Allerlei	47. ⚭	28. ⚭				Aprikosen	95. ⚭	53. ⚭

Jg. Brech- u. Schnittbohnen 2-7-Dose **27. ⚭**

Apfelsinen feinste Messina, Valencia und Murcia-Blut	Dutzend 90, 65, 45, 35	25. ⚭
Gelbe Bananen	Pfund	50. ⚭
Tafeläpfel	Pfund 50. ⚭	40. ⚭ 25. ⚭
Kochbirnen	Pfund	40. ⚭
Zitronen 6 Stück 25. ⚭	Zwiebeln	Pfund 15. ⚭
Teltower Rübchen	Pfund	10. ⚭
Rotkohl	Kopf 20. ⚭	15. ⚭ 10. ⚭
Weißkohl	Kopf 15. ⚭	10. ⚭ 5. ⚭
Blumenkohl	Kopf 35. ⚭	25. ⚭ 20. ⚭
Junger Kopfsalat	Kopf	15. ⚭
Junge Wurzeln	Pfund	15. ⚭
junger Rhabarber	Bund	15. ⚭
Sellerieknollen	Stück	15. ⚭ 10. ⚭

Frisches Fleisch

vom Lübecker Schlachthof

la. kern. Schweinefleisch 7. ⚭ 60. ⚭
Karbonade Pfd. 85. ⚭ Nackenstücke Pfd. 80. ⚭
Schulter Pfd. 75. ⚭ Flomen Pfd. 70. ⚭ Eisbein Pfd. 50. ⚭
Kopf und Bein Pfd. 20. ⚭
la. junges Rindfleisch Pfund 70. ⚭
Bratenstücke Pfd. 80. ⚭ Rollfleisch Pfd. 90. ⚭
Beeifsteak Pfd. 1.20 Gehacktes Pfd. 80. ⚭
la. fettes Kalbfleisch . . . Pfund 60. ⚭
Bratenstücke Pfd. 80. ⚭
la. Mastkalbfleisch Pfund 90. ⚭
Keule Pfd. 1.10 Nierenbraten Pfd. 1.00
Junges Hammelfleisch Pfund 70. ⚭
la. australisches Keule Pfd. 1.00 Rücken Pfd. 80. ⚭

Holsteiner Landschinken in Stücken von 1, 2 und 4 Pfund . . . Pfund	125
Speck mager . . . Pfund 90. ⚭ fett . . . Pfund	80. ⚭
Schinkenspeck Pfund	110. M.
Land-Mettwurst grob Pfund	100. M.
Land-Mettwurst fein Pfund	100. M.
Holsteiner Schinkenwurst . . . Pfund	140. M.
la. Zervelatwurst Pfund	140. M.
la. Flomenschmalz Pfund	75. ⚭
Bratenschmalz Pfund	60. ⚭
Schweizerkäse Pfund	95. ⚭
Alter Holländer Käse Pfund	95. ⚭
Tilsiter Käse Pfund	80. ⚭ 60. ⚭ 50. ⚭
Deutscher Camembert Schachtel	25. ⚭ 15. ⚭

Holstenhaus G. m. b. H. Lübeck

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirnhoften . . . 1.40 bis 3.50
Witlohoften . . . 2.50 bis 5.50
Maurerhoften . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhoften 4.00 bis 9.50
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhoften in allen
Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
rote Subecamarcken.

Visitenarten ff. Eisenbeinfactor, 100 Stück von 1.00 Mk. an
Johannes-
straße 46.

Infolge größerer Schlachtungen verkaufe ich morgen
Sonnabend billig: (1869)

Schweinefleisch das Pfund **65. ⚭**
Bratenstücke das Pfund **70. ⚭**
Frischen Schinken
im Gewicht von 5—8 Pfund **85. ⚭**
Flomen das Pfund **70. ⚭**
Ochsenleber, Kalbsleber
u. Schweineleber d. Pfund **90. ⚭**

Ferner empfehle ich:

Krellwurst das Pfund **50. ⚭**
Leberwurst das Pfund **50. ⚭**
Braunschweig. Blutwurst d. Pfd. **50. ⚭**
Preßkopf das Pfund **60. ⚭**

Auf sämtliche Waren **4% Rabatt.**
Verkauf in meinen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik.
August Scheere.

2. Reklame-Angebot! 1872

Konfirmanden-Anzüge
6.90 9.50 10.50 14.50

!! Lehlings-Ausrüstungen !!

Franzen & Co., 16 Holstenstraße 16.

Beachten Sie unser 3. Reklame-Angebot nächsten Freitag!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 12. März 1914.

231. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kräfte, Lisco.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen.

Direktor im Reichsamt des Innern Lewald empfiehlt den Gesetzesentwurf, der für sich selbst spreche.

Göhre (SD.): Der Entwurf bedeutet einen Fortschritt auf dem Wege der reichsgesetzlichen Wohnungsfürsorge, aber nur einen unendlich kleinen, da er nur solchen Baugenossenschaften Bürgschaftshypothesen geben will, deren Mitglieder Reichs- und Militärbedienstete sind. Gegen eine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften wird in der Begründung angeführt, die zu starke finanzielle Belastung des Reiches und außerdem das Fehlen einer Kontrollorganisation. Aber zu einer Bürgschaft braucht man überhaupt kein Kapital, und das Fehlen der Kontrollinstanz würde, wenn es überhaupt ein Bedenken ist, auch gegen den Entwurf in seiner jetzigen Ausdehnung sprechen. Meinerseits würden die Gemeinden zur Ausübung der Kontrolle gern bereit sein. Wir beantragen, den Entwurf an die Wohnungs-Kommission zu verweisen, in der wir seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften als unsere Hauptaufgabe betrachten. (Bravo! bei den Soz.)

Diez-Konstant (Z.), Schulenburg (N.L.), Wendorf (Sp.), Dr. Wendt (Sp.) und Wumm (W.Bg.) begrüßen den Entwurf zustimmend. Der Abg. Wendorf wünscht ebenso wie Göhre seine Ausdehnung auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften, die Kleinwohnungsbau betreffen.

Der Entwurf wird an die Wohnungs-Kommission verwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Postsparkgesetzes.

Dr. Südekum (SD.): Dadurch, daß zwischen dem Abschluß der Kommissionsberatung und der zweiten Lesung von den Parteien ein Kompromiß geschlossen worden ist, an dem natürlich Änderungen im Plenum dann kaum mehr möglich waren, sind die Rechte der Minderheit zu sehr gekürzt worden. Man sollte daher in Zukunft einen solchen Kompromißantrag erst wieder an die Kommission zurückverweisen. Dann ist es eher möglich, sachliche Verbesserungen noch durchzuführen. Die Bedenken, die wir gegen das Kompromiß haben, hat der Vertreter meiner Fraktion in der zweiten Lesung, Herr Abg. Bogherr, ausführlich dargelegt. Ein nennenswerter Aufschwung des Postsparkwesens ist von dem Gesetz nicht zu erwarten. Die Reichspostverwaltung scheint einen solchen Aufschwung geradezu zu fürchten. Die mangelhafte Ausgestaltung dieses Gesetzes gibt mir nur die eine Hoffnung, daß die Sache in Fluß bleiben wird. Das kann unmöglich der Abschluß unseres Postsparkwesens sein. Eine wirklich große Zukunft kann es erst haben, wenn eine Verzinsung der Guthaben, sowohl der Grundsumme, wie der anderen Guthaben, bei der Postsparkanstalt erfolgt. Das würde natürlich stark in die Verhältnisse der Depositenbanken eingreifen. Aber gerade deshalb muß dies Ziel möglichst bald verwirklicht werden, denn so wie heute geht es mit unseren Depositenbanken auf keinen Fall weiter. Durch die ungeheure Ansammlung von Kapital in den Depositenbanken ist einigen hundert Menschen ein nicht erträgliches Verfügungsrecht über einen großen Teil unserer Volkswirtschaft gegeben. Hier liegen Probleme vor, die mit Hilfe der Ausgestaltung des Postsparkwesens gelöst werden müssen. Wenn eine Bank, wie die Deutsche Bank, mit 200 Millionen Mark Aktienkapital, 112 Millionen Mark Reserven, 15 000 Millionen Mark Depositen hat und 12 1/2 % Dividende verteilt, so sieht das so aus wie eine achtbare wirtschaftliche Leistung. Bei genauer Analyse aber zeigt sich, daß zwar die Aktionäre Vorteil davon haben, daß aber volkswirtschaftlich hier mit einer enormen Verschwendung gearbeitet wird. Das heutige System der Heranziehung der Depositen scheint also ein schwacher Punkt bei unseren Großbanken zu sein, wenn ein Institut von einer solchen beherrschenden Stellung in unserem Wirtschaftsleben, wie die Deutsche Bank, ihre Funktionen nicht einwandfrei erfüllt. Würden nun die Postsparkkonten verzinst, so würde das Geld auch den Banken zur Verfügung gestellt werden, aber nicht von den einzelnen Depositen, sondern von der Verwaltung des Postsparkwesens, die sich aber dann natürlich ein gewisses Kontrollrecht über die Banken vorbehalten müßte. Bogherr hat schon darauf hingewiesen, daß eine viel engere Verbindung des Postsparkverkehrs mit der Reichsbank notwendig wäre. Das liegt auf demselben Wege. Ebenso müßte eine Verbindung mit den öffentlichen Sparkassen angestrebt werden. Wenn wir heute auf der einen Seite Wohnungsgeheke machen, und auf der anderen Seite ruhig zusehen, wie die Banken Boden Spekulation treiben, die mit ihrer eigentlichen Tätigkeit gar nichts zu tun hat, so bewegen wir uns in einem circulus vitiosus. Eine bloß formelle Ueberwachung der Banken durch Reichskommissare nützt natürlich nichts, es kommt darauf an, daß man materielle Macht hat. Und die kann das Reich nur bekommen durch Ausbau des Postsparkwesens. Natürlich müßte damit Hand in Hand gehen ein Ausbau der Rechte der Volksvertretung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie die Dinge jetzt stehen, muß man also froh sein, daß das Gesetz so schnell ist, daß es auf die Dauer nicht haltbar ist. Unser Ziel muß bleiben ein Postsparkgesetz, das ermöglicht, regulierend in unseren Geldverkehr einzugreifen. (Bravo! bei den Soz.)

Bed (N.L.): Einen Abschluß des Postsparkwesens sehe auch ich in der Vorlage nicht, kann aber im übrigen dem Vorschlag nicht folgen. Wir stimmen den Beschlüssen zweiter Lesung zu, und beantragen nur als Ergänzung, daß das Gesetz zum 1. Juli 1914 in Kraft tritt.

Gothein (Sp.): Am Ende der Entwicklung des Postsparkwesens sind wir allerdings mit diesem Gesetz, das immerhin gewisse Fortschritte bringt, nicht. Aber die Zukunftsmusik des Abg. Dr. Südekum erschän mir wenig erfreulich. Die Tätigkeit unserer Banken ist doch eine recht vorichtige und umsichtige gewesen, und ich hätte eine Todesangst davor, daß die Rechenkonten des Depositenverkehrs verwaltet werden sollten vom Bundesrat unter Mitwirkung des Reichstages. Bei der Parteilerspaltung, wie wir sie haben, würden wir damit nicht vom Fleck kommen. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Dr. Südekum (SD.): Ich denke nicht daran, dieser Regierung bei der heutigen Machtverteilung zwischen Regierung und Parlament, eine so entscheidende Stellung zuzubilligen, habe vielmehr ausdrücklich betont, daß eine Entwicklung auf dem Gebiete unseres Verfassungswesens in der Richtung des parlamentarischen Regimes die Voraussetzung wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Raden (Z.): Herr Südekum hat bei seinen Ausführungen übersehen, daß das Postsparkwesen sich selbst bezahlt machen muß, und daß die Post niemals so hohe Zinsen zahlen könnte, wie die Depositenbank.

Damit schließt die Diskussion.

Das Gesetz wird mit der vom Abg. Bed (N.L.) erwähnten Hinzufügung angenommen.

Ein Gesetz über die Folgen der Verhinderung wechselseitiger Handelsbeziehungen im Ausland wird ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt das Luftverkehrs-gesetz.

Ministerialdirektor Lewald empfiehlt den Entwurf, dessen Verkehrsbestimmungen den nationalen Verkehr regeln wollen, was einer internationalen Regelung vorausgehen müßte. Den Verkehrsvorschriften folgen dann entsprechende Haft- und Strafvorschriften, die in der Öffentlichkeit zum Teil scharf kritisiert worden sind. In der Kommission, der der Entwurf wohl überwiesen werden wird, wird sich hoffentlich ein Verständigung finden lassen.

Dr. Landsberger (SD.): Die Regierung hat in dem Entwurf den Zukunftsperspektiven zu wenig Raum gegeben. Daß eine nationale Regelung der Verkehrsvoorschriften einer internationalen Regelung vorausgehen muß, davon hat uns der Staatssekretär keineswegs überzeugt. Sollen wir denn solche Vorkommnisse, wie das Verhaften eines deutschen Fliegers, der aus Versehen die russische Grenze überflogen hat, und seitdem unter dem Verdacht der Spionage zurückgehalten wird, mit Grazie weiter ertragen, mit der Gelassenheit, die unsere Regierung bei Liebenswürdigkeiten des russischen Nachbarn auszeichnet? (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Führung eines Luftfahrzeuges an eine Genehmigung gebunden wird, und daß die Zulassung zurückgenommen werden darf, wenn sich später die Unzuverlässigkeit des Betreffenden ergibt, ist zu billigen, doch muß das Verwaltungsverfahren zugelassen werden, das im Entwurf fehlt. Wenn es sich um die Entziehung der Erlaubnis zum Fliegen außerhalb der Flugplätze handelt, läßt der Entwurf allerdings einen Rekurs zu, aber ohne aufschiebende Wirkung und ohne, daß Schadenersatz geleistet werden soll, wenn die polizeiliche Verfügung als zu unrecht erlassen, aufgehoben wird. Wenn die Erlaubnis wegen Gefährdung der Landesicherheit verjagt oder entzogen wird, soll ein Rekurs nicht zulässig sein. Hierin spricht sich ein Mißtrauen gegen die Gerichte aus. Ich will nicht unterfragen, inwieweit es berechtigt ist, aber jedenfalls haben wir zu den Behörden, die statt dessen entscheiden sollen, ein noch viel größeres Mißtrauen. (Leb. Sehr wahr! bei den Soz.) Als man die Bestimmung suchte, daß die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst bei mangelnder moralischer Qualifikation entzogen werden kann, hat wohl niemand daran gedacht, daß die militärische Behörde den Mut haben würde, einen moralischen Defekt bei jemandem anzunehmen, der sich aus vollster Ueberzeugung einer politischen Partei anschließt. Wir haben das aber erlebt. (Zuruf: Unerbört!) Zu Behörden, die mit einer Volksmacht derartigen Mißbrauch treiben, können wir kein Vertrauen haben. (Zustimmung bei den Soz.) Die Haftpflichtbestimmungen des Automobilgesetzes sind geradezu sklavisch den Bestimmungen des Automobilgesetzes nachgebildet, ohne daß der Unterschied in dem Wesen von Automobil und Luftfahrzeug irgendwie beachtet wird. Das bürgerliche Gesetzbuch sieht bei der Haftung grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verschuldung, mit gewissen Ausnahmen, auf die ich hier nicht eingehe. Aber die Wissenschaft ist dazu gelangt, fast dessen das Prinzip der Gefährdungshaftung auszusprechen, und im beschränkten Umfange ist ihr das deutsche Haftpflichtgesetz und auch das Automobilgesetz gefolgt. Auch der vorliegende Entwurf erkennt die Gefährdungshaftung an, aber doch sehr beschränkt. Personen, die als Inhaber eines Fahrzeuges zu Schaden kommen, oder die in ihrer Tätigkeit beim Betriebe eines Fahrzeuges beschädigt werden, sollen nur beim Nachweis der Verschuldung Ansprüche erheben können. Auch wird die Haftsumme beim Tode mehrerer Menschen auf 140 000 Mk. im Höchstfalle, bei Sachschäden auf 10 000 Mk. festgesetzt — wörtlich nach dem Automobilgesetz. Aber durch ein Automobil werden wohl kaum jemals mehr wie fünf Menschen beschädigt werden, ein in eine Menschenmenge hineinschlagendes Luftfahrzeug dagegen kann unüberschaubaren Schaden anrichten. Wir verlangen, daß ein Unternehmer eines Luftfahrzeuges bis zur Grenze der höheren Gewalt Schadenersatzpflichtig gemacht wird. Man sagt, dann könne die Luftfahrzeugindustrie sich nicht entwickeln. Denselben Einwand hat man seinerzeit bei den Eisenbahnen und bei den Automobilen von Interzenten erhoben, aber ohne Erfolg und trotz der vollen Haftpflicht haben sich die Eisenbahnen und die Automobile recht gut entwickelt. Die volle Haftpflicht ist sogar die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung, denn die Luftschiffe könnten in späterer Zeit die Konkurrenz mit den Eisenbahnen gar nicht aufnehmen, wenn jeder, der sich der Eisenbahn anvertraut, auf vollen Schadenersatz rechnen kann, beim Transport durch die Luft dagegen nicht. Meine Freunde verlangen also, daß der Führer eines Luftfahrzeuges lediglich nach dem bürgerlichen Gesetzbuch haftet und nicht nachzuweisen braucht, daß ihn ein Verschulden trifft. Der Unternehmer aber soll für den vollen Schaden

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

(27. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Herr Grot wurde merkwürdig unruhig, als sie sich ihrem Ziele näherten. Er war tausende von Meilen hergekommen und hatte nichts Neues außer ein paar fliegenden Fischen, einem Albatros und einem in der Ferne einen Wasserstrahl aufwerfenden Walfisch gesehen. Als er eines Abends spät mit Kapitän Busack an Deck auf und ab schritt, gab er seiner stillen Sehnsucht nach einem kleinen Abenteuer Ausdruck.

„Sie wünschen ein Abenteuer“, sagte der Kapitän, den Kopf schüttelnd. „Ich kenne Sie. Ach, was für einen Seemann würden Sie abgegeben haben. Mit 'ner Mannschafft von sechs so wie Sie würde ich dieses kleine Fahrzeug irgendwohin führen. Die Art, wie Sie die Navigation auffassen, ist erstaunlich. Peter Gumpel schwört, Sie müßten als Junge zur See gefahren sein, und ich habe meine liebe Not, ihn davon abzubringen.“

„Ich hatte immer das Gefühl, daß es mir gefallen würde“, meinte Herr Grot bescheiden.

„Gehten Sie wiederholte der Kapitän. „Natürlich tut es das, Sie haben Salz in Ihrem Blut, aber dieses gemüthliche Kreuzen fängt an, Ihnen auf die Nerven zu fallen, Sie haben ein Partikelschen von Wildheit in sich, Herr Grot, das sich immer abmüht, an die Oberfläche zu kommen. Peter Gumpel sagte noch neulich genau dasselbe. Er ist sehr unruhig deshalb.“

„Unruhig?“ wiederholte Herr Grot.

„Ja“, erwiderte der Kapitän, tief Atem holend. „Und wenn ich Ihnen sagen würde, daß es mir gerade so geht, würde ich keine Unwahrheit reden.“

„Aber weshalb?“ fragte Herr Grot, nachdem sie einmal schweigend das Deck auf- und abgeschritten waren.

„Es ist das Geheimnisvolle, das uns nicht gefällt“, sagte Busack endlich. „Wie können wir wissen, in welches verzeihliche Abenteuer Sie uns hineinführen wollen? Getreulich Ihnen folgen, das wollen wir, aber wir möchten nicht gern im Dunkeln tappen; das ist nicht recht uns gegenüber.“

„Es ist nicht die geringste Gefahr von der Welt vorhanden, meinte Herr Grot mit eindringlichem Ernste. „Aber dieses Geheimnisvolle, das können Sie doch nicht bestreiten“, sagte der Kapitän.

„Es ist nicht mein Geheimnis“, entgegnete Herr Grot. „Soweit ich beteiligt bin, würde ich es Ihnen mit Vergnügen erzählen.“

Der Kapitän zog langsam seinen Arm aus dem des Herrn Grot, begab sich an die Reeling und lehnte sich mit rund gehobenen Schultern hinüber; durch dieses Schautragen von Gefühl etwas gerührt, zögerte Herr Grot eine Weile, ihn zu hören, und als er endlich sich leise näherte und seine Hand freundlich auf des Kapitäns Schulter legte, wurde sie sanft abgeschüttelt.

„Geheimnis!“ sagte Busack mit einer Grabesstimme. „Vor mir! Man kann mir nicht trauen!“

„Es ist nicht meine Schuld“, erwiderte Herr Grot.

„Gut, gut, es macht nichts, Herr Grot“, sagte der Kapitän. „Frühe Busack muß sich darin finden. Es ist das erste Mal in seinem Leben, daß man ihm mit Mißtrauen begegnet, und es ist doppelt hart, daß es von Ihnen ausgeht. Sie haben mich getränkt, Herr Grot, und es gibt keinen anderen lebenden Menschen, der das tun könnte.“

Herr Grot stand in betrübter Verlegenheit dabei. „Und ich habe mein Leben in Ihre Hand gegeben“, fuhr der Kapitän mit kurzem hartem Lachen fort. „Sie sind der einzige Mensch in der Welt, der weiß, wer ‚Peter den Lacher‘ in San Franzisko tötete, und ich erzählte es Ihnen. Gut! Gut!“

„Aber Sie taten es in der Selbstverteidigung“, sagte der andere eifrig.

„Was hat das zu sagen?“ entgegnete der Kapitän, sich umwendend und nach vorn gehend, gefolgt von dem besorgten Herrn Grot. „Ich habe keinen Beweis dafür. Machen Sie Ihren Mund auf — nur einmal — und eskotet meinen Kopf. Das ist die Größe meines Vertrauens in Sie.“

Herr Grot schwor tief gerührt ein paar seemännische Flüche, was er wünschte, daß ihm passieren möge, wenn er je das Vertrauen des anderen täusche.

„Ja“, sagte der Kapitän befürmert, „das ist alles ganz schön, aber Sie können mir nicht in einer viel unwichtigeren Sache trauen, wieviel ich auch schwöre, daß ich sie geheim halten will. Und die Geschichte bedrückt mich auch noch in anderer Weise: ich glaube, die Mannschafft hat eine Ahnung von der Sache und hier bin ich, Kapitän vom Schiff, verantwortlich für das Leben von Ihnen allen, völlig in Unkenntnis gehalten.“

„Die Mannschafft!“ rief der erschrockene Herr Grot jetzt hervor.

Kapitän Busack zauderte und dämpfte seine Stimme. „Neulich Nacht kam ich an Deck, um zu revidieren, und sah einen davon durch Ihr Stylicht hinabgucken“, begann er langsam. „Ich schickte ihn unter Deck, und nachdem er fort war,

guckte ich nach hinten und sah Sie und Herrn Hagedorn und Stobel alle über einen Zettel gebeugt.“

Herr Grot schritt, in Gedanken verfunken, schweigend auf und ab.

„Das ist ein Geheimnis“, sagte Busack. „Ich will nicht, daß Sie denken, ich wollte spionieren. Ich habe es Ihnen erzählt, weil Sie es verstehen werden. Ein Kapitän muß seine Augen offen halten, um aller willen.“

„Das ist Ihre Pflicht“, meinte Herr Grot bestimmt. Kapitän Busack, seine Bewegung mit Mühe verbergend, gab das zu und lenkte, sich gegen die Reeling lehrend, seine Aufmerksamkeit auf die Schönheit der Sterne und des Meeres.

Von der Gelegenheit und der Lieblichkeit der Nacht hingerrissen, wurde er sentimental und sprach mit einer merkwürdigen Mischung von Varrischem und scheuem Wesen von seiner betagten Mutter, von dem einsamen Leben eines Seefahrers und dem unschätzbaren Gut echter Freundschaft. Er legte seinem mitfühlenden Zuhörer seine innerste Seele dar, um dann, unter dem Vorgeben, aus einer Bemerkung Herrn Grots zu schließen, daß er ihm das Geheimnis der Seereise erzählen wolle, das Anhören deselben auf Grund dessen abzulehnen, daß er nur ein rauher Seemann und ihm nicht zu trauen sei. Herr Grot, der dies heftig bestritt, überzeugte ihn endlich, daß er sich im Irrtum befinde, und entbedte dann, daß, verwirrt durch seine Getreue, der Kapitän sich bereit erklärt hatte, von dem Geheimnis, von dem er keine Mitteilung zu machen beabsichtigte, Kenntnis zu nehmen.

„Aber merken Sie sich“, sprach Busack, warnend seinen Finger erhebend, „ich werde Peter Gumpel nichts davon erzählen. Es ist nicht nötig, daß er es auch weiß.“

Herr Grot sagte, „Natürlich nicht“ und da er sah, daß es kein Entinnen mehr für ihn gab, führte er den widerwilligen Mann soweit wie angängig vom Steuer fort und teilte ihm flüsternd alles mit. Als sie sich für die Nacht trennten, rief Kapitän Busack soviel, wie die Mitglieder der Expedition selbst und beehrte mit seltener Geistesgegenwart Herrn Grots Gewissen dadurch, daß er sagte, er habe tatsächlich die ganze Geschichte von Anfang an geahnt.

Er hörte ein paar Tage später mit großem Interesse zu, als Herr Hagedorn, nachdem er laut überlegt hatte, welche Insel zuerst besucht werden solle, ihm die Lage von Bolts Insel angab, von Korallenriffen und vulkanischen Eruptionen zu reden begann. Sie befanden sich jetzt mitten zwischen den Inseln. Zwei passierten sie in ziemlichlicher Entfernung und fuhrten dann so dicht an einer dritten vorbei — lediglich ein Riff mit ein paar Palmen drauf — daß Herr Grot, nach einer längeren Inspektion vermittelt eines Krimtfessers, sie für unbesohnbar erklären konnte. (Fortsetzung folgt.)

bis zur Grenze der höheren Gewalt haftenpflichtig sein. Ist er im einzelnen Fall schuldig, so ist der Geschädigte über noch viel schuldloser. Den Einwand, die Industrie könne das nicht ertragen, beantworten wir: Wir verzichten auf eine Industrie, die sich nur entwickeln kann auf Kosten der Gesamtheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Den Entwurf beantragen wir, einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, in der wir uns bemühen werden, die Haftpflichtbestimmungen auszuweihen. (Beifall bei den Soz.)

Rechtler (3.): Dem, was der Vorredner über die Regelung der Haftpflicht gesagt hat, kann ich mich durchaus anschließen. Diese Bestimmungen haben uns enttäuscht. Es ist das nicht die offizielle (Chrenpflicht) des Reiches, in dessen Besitz wir die Luftfahrzeuge sind, bei durch diese verursachten Unglücksfällen anständigen Entschädigung zu gewähren. Allerdings wünschen wir auch nicht, daß die Entwicklung des Luftverkehrs durch allzu rigorose Haftpflichtbestimmungen erschwert wird. Wir hoffen, daß bald eine Verständigung über diese Materie erfolgt, die dringend der Regelung bedarf.

Quart (22.): Wir wünschen im Gegensatz zu den Vorrednern im Interesse der Regelung des Luftverkehrs eine vorsichtige Anpreisung der Haftpflicht. Die Entschädigungsätze des Automobilgesetzes reichen hier allerdings nicht aus.

Dr. Dertel (Kong.): Uns scheint das Gesetz die richtige Mitte zwischen Zukunftsmut und Gegenwartssorgen zu bedeuten. In bezug auf die Regelung der Haftpflicht haben allerdings auch wir die schwersten Bedenken. Hier wird eine erhebliche Erweiterung der Haftpflicht vorzunehmen sein.

Siehr (23.) hält gleichfalls eine ausgedehnte Haftpflicht für notwendig. Im übrigen dürfe den Fliegern ihre Person nicht durch ergebige und kleinliche Polizeimaßnahmen verletzelt werden.

Direktor Lewald sagt zu, daß der Bundesrat bei der Ausarbeitung der Vorschriften helfen werde.

Bender (24.): Um nur zuverlässige Personen zu Führern von Flugfahrzeugen zu haben, ist die Errichtung kommunaler und staatlicher Schulen statt privater nötig, ebenso wie das die Chauffeure für ihren Beruf verlangen. Ferner fehlt in dem Entwurf jeder Schutz für die Steuerleute, Maschinisten und sonstige Mannschaften der Luftfahrzeuge. Eine Begrenzung der Arbeitszeit dieser Leute, die eine außerordentlich anstrengende Tätigkeit haben, ist dringend notwendig. Gewiß hat nach der Gewerbeordnung der Bundesrat das Recht, Vorschriften zu erlassen gegen übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit in bestimmten Gewerben. Aber von diesem Recht hat er bis jetzt keinen Gebrauch gemacht. Daher müssen Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit dieser Arbeiter, die bei ihrem Beruf stündlich dem Tod ins Auge sehen, geschaffen werden. (Beifall bei den Soz.)

Das Gesetz wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 10 Uhr. (Kurze Anfragen, Sachinterpellation des Zentrums.)
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Schreckende Urteile. Der zu Eisen an der Ruhr gebürtige Schneider Andreas Herber wurde in Köln wegen einfachen Diebstahls zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte wurde am 20. Januar morgens vom Küster in der St. Boters-Kirche erwisch und ihm aus der Tasche eine Kerze gestohlen, die er an sich genommen hatte. Der Angeklagte meinte geflücht. daß er am Abend vorher in die Kirche gegangen sei, um sich etwas zu wärmen. Er habe sich nachher auf eine Bank gesetzt und sei eingeschlafen. Als er nachher aufgewacht sei, habe er die Entdeckung gemacht, daß die Kirche verlichtet gewesen sei. Nunmehr sei er in die Sakristei gegangen, um einen Schlüssel zu suchen. Er habe wohl eine große Anzahl Schlüssel gefunden, jedoch habe keiner gepaßt.

Am nun sehen zu können, habe er sich die Kerze in die Tasche gesteckt. Das Gericht glaubte dem Angeklagten aber nicht und verurteilte ihn, wie oben erwähnt. — Ein ungemein hartes Urteil fällt das Schöffengericht in Jasterburg gegen die Putzmannsfrau Anna Dege aus Saalau. Eines Tages vernahm sie in einer Straßsache in ihrer Wohnung der Gendarmewachtmeister Liedemann. Als er gegangen war, erzählte sie anderen Leuten, auch der Frau des Gendarmen, daß ihr der Beamte unzuchtige Anträge gemacht hätte; sie hätte sich darauf jedoch nicht eingelassen. Die Frau, die wegen verleumdender Beleidigung angeklagt wurde, blieb vor dem Schöffengericht bei ihren Behauptungen, während der Gendarm unter seinem Eide ausagte, er hätte der Frau keine Anträge gemacht. Die Unglaubwürdigkeit der Frau verurteilte er durch — Vorlegung ihres Dienstbuchs zu beweisen. Die Angeklagte, die unbescholten war, erhielt die außerordentlich harte Strafe von 9 Monaten Gefängnis.

Der schreckliche Feldweibel in zweiter Instanz. Am 12. Januar ds. Js. hatte der Feldweibel Hermann Engel von der 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 21 in Thorn tüchtig geschlagen und ging gegen 2 Uhr nachts mit einem Zivilisten der Stadt zu. Zuerst rumpelte Engel einige Zivilpersonen an und ließ sie — wie bereits früher berichtet — vom Trottoir mit den Worten: „Einem preussischen Feldweibel geht man aus dem Wege!“ Dann folgte ein Zusammenstoß mit dem Sergeanten Kühne, der die Ehrenbezeichnung unterlassen hatte. Da Kühne auf die wörtlichen Beleidigungen etwas erwiderte, so schlug ihm Engel tüchtig mit der Faust ins Gesicht, daß das Blut aufspritzte, und machte dann auch von seinem Degen Gebrauch. Einige Zivilpersonen sahen sich veranlaßt, einzuschreiten. Da schlug Engel mit seinem Degen nach einem gewissen Schulz. Den Hieb erhielt aber eine Dame, die dahingehen geprüngelt war. Engel ergriff die Flucht (!), wurde aber eingeholt. Seiner Abführung widersetzte sich Engel aufs heftigste. Das Thorer Kriegsgericht hatte Engel wegen gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Waffe, Gehorhamsverweigerung und Widersetzung zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Oberkriegsgericht hob jetzt auf die Berufung des Gerichtsherrn das Urteil auf und erhöhte die Strafe auf sieben Monate Gefängnis. Auch das Oberkriegsgericht sah von der Degradation ab.

Aus Nah und Fern.

Nachwirkungen des Kölner Polizeiprozesses. Im Kölner Polizeipräsidium geht's noch immer drunter und drüber, und die Arbeit für den Polizeimajor, der demnächst die gründliche Reinigung durchführen soll, scheint sich zu häufen. Im „Stadt-Anzeiger“ der „Kölnischen Zeitung“ wird in einem längeren Artikel, der offensichtlich von leitenden Polizeifreien inspiriert ist, beweglich Klage geführt, daß täglich Dutzende von anonymen Zuschriften bei den Kölner Behörden, vor allem im Polizeipräsidium, eintreffen, die Beamte schwer beschuldigen; diese würden auf Grund dieser Zuschriften gezwungen, sich vor ihrem Vorgesetzten gegen einen aus vertriebenem Hinterhalt gegen sie erhobenen Verdacht zu rechtfertigen. Auf Grund anonymen Anzeiger, die früher beiseite gelegt wurden oder höchstens, wenn man den Urheber ermitteln konnte, zu einem Verfahren gegen den Beschuldigten führten, geht man jetzt sofort gegen die Beamten vor, so nervös ist man im Kölner Polizeipräsidium geworden. Das liberale Blatt bezeichnet die Denunzianten als „Lumpen und Feiglinge“, an sich nicht mit Unrecht. Nur hat gerade die Polizei das Recht verweigert, über sie ungehalten zu sein, bedient sie sich doch oft genug selbst solcher Ehrenmänner. Und bedenkt man die Anklagen, und die Strafen, die diejenigen treffen können, die mit ihrem Namen offen hervortreten, dann kann man es manchem nicht verdenken, wenn er ängstlich wird. Der Sozialdemokratie

steht es fern, Personen kleinlich nachzuspüren; der Polizei-prozess bewies, daß ihr Kampf sich gegen ein lässiges Verhalten richtete. Wenn aber jetzt die preussische Polizei, die sich nicht zu den rücksichtslosesten Behörden der Welt gehört, sich über solche unangenehme Nachwirkungen beklagt, dann wird ihr nur gleiches mit gleichem vergolten.

Notwehr? Am in der Nacht zum Donnerstag zwei Kriminalschutzleute die Saarbrücker Straße in Berlin passierten, fielen zwei junge Leute, die sich dort rauchten, über sie her; einer bedrohte sie mit einem Messer. Der eine Schutzmann wurde von dem sich schnell anammelnden Gesindel umringt, so daß der andere sich den beiden Rowdies allein gegenübersah. In der Notwehr gab er vier Revolverkugeln ab, durch die die beiden Angreifer verletzt wurden. Der eine, der 24jährige Kutscher Kummag, erhielt einen Schuß in den Unterleib, der andere, der 22jährige Kutscher Hühler, ebenfalls einen Schuß in den Unterleib und einen Schuß in die linke Hüfte.

Die Gefahren der Hochspannungsteilung. Ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in der Nähe von Strehlen zugetragen. Ein junger Landarbeiter, der zur militärischen Stellung nach Strehlen gekommen war und dort mit Kameraden des Guten zu viel getan hatte, kletterte auf dem Nachhausewege auf einen Mast der elektrischen Stromleitung der Uckerland zentralen. Er wurde vom elektrischen Strom getroffen und stürzte vom Mast herunter. Im Fall verwickelte er sich in die Leitungen, die er mit herabließ. Da es unmöglich war, ihn ohne Hilfsmittel aus der Verwickelung der Drähte zu befreien, wurde ein Monteur der Zentrale herbeigeholt, der mit Gummihandschuhen versehen die Drähte entfernen wollte. Er kam jedoch durch irgendeine Unvorsichtigkeit mit einer ungeschützten Stelle des Körpers der Leitung zu nahe und wurde gleichfalls vom Strom getroffen. Er wurde auf der Stelle getötet und auch der junge Mann erlag auf dem Transport nach dem Krankenhaus seinen Verletzungen.

Gasexplosion. Durch eine bei dem Brande eines Hauses in Groyen, Cistautafien, entstandene Gasexplosion sind nachts eine Naphtahaquelle Feuer. Dreizehn Personen haben schwere Brandwunden erlitten, eine Person ist den Verletzungen erlegen.

Bergiftung. In der Militärschule zu Tiflis erkrankten nach dem Genuß von Bakwaren, die mit Arsenik vergiftet waren, 174 Schüler. Der Lieferant der Backwaren ist verhaftet worden. Der Zustand der meisten Schüler ist augenblicklich bedenklich.

Opfer der Apatit. Der Militärliegeant Nuri, der von Konstantinopel nach Kegypten zu fliegen versuchte, ist in Jaffa nach Jerusalem aufgestiegen und bald darauf ins Meer gestürzt. Er starb an den Verletzungen, die er erlitten hat. Sein Begleiter, Hauptmann Ismael Sakki, rettete sich durch Schwimmen.

Literarisches.

Ein preussischer Polizeifumpf. Die Verhandlungen über den Kölner Polizeiprozess, der überall bedeutendes Aufsehen erregt, sind im Verlage der „Rheinischen Zeitung“, unferes Kölner Parteiblattes, als Broschüre erschienen. Die 127 Seiten umfassende Broschüre enthält außer dem genannten Prozeßbericht ein Vorwort des Angeklagten, die Vorgeschichte des Prozesses und ein Schlußwort. Das in der zehntägigen Verhandlung zutage geförderte Material ist von dauerndem Wert und die Broschüre verdient daher weitest Verbreitung. Hinzu kommt, daß ihre Lektüre wegen der unferenwilligen Komik, in der sich die preussische Polizei während des Prozesses befindet, recht unterhaltend ist. Der Preis der Broschüre ist 25 Bfg.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Gulfcheine,

geeignet zur Verabfolgung als milde Nahrung an wandernde Arme, sind, je 10 Stück 50 g, zu haben bei: **Franz Schwedt**, Gr. Carstr. 24, H. Brestalt, Breite Straße 230, T. Bahrmann, Goldenstr. 21, L. Kasper, Kömiger 75, H. L. Baskohl, Sandstr. 22, Fritz Berlica, Hügelstr. 107, Friedr. Müller, Pöhlentstraße 31, Medizinisch-pharm. Halle, Parade 1, Armenbehörde, St. Annenstraße 13. (1879)
Der Vorstand des Lübeckischen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke.

Porterreinigung

der sofort oder später anfallt. Preis bis zu 20 Mk. Una. und K N an die Gr. d. St. (1879)

Zum Waschen u. Reinmachen besonders zum Einweichen empfehlenswert ist das mittlere und erprobte **Waschmittel Kalamba**
Flasche nur 25 Bfg. (4)

Bitte zu verord. I hat neuer Gehrt. Tante u. Sommer-Sektor, mittlere GröÙe u. Sommer- u. Sommerjack. Gr. 44. Kömiger 15, 21. (1879)

zu verkaufen eine Drehmangel, Flanier und Hemd. Verstellbar. Preis 18.75. Strohstraße 6.

zu verkaufen ein Paar Herrenanzug, weiß und blaues Kleid. 18.75. Schwanstr. 25.

Tafelloses Küchenschrank mit 10 Schubladen. Preis 18.75. Kömiger 24.

Gute Gypsartoffeln zu verkaufen. (1879)
Kömiger 15, 21.

Starkes Arbeitsrad zu verkaufen. (1879)
Kömiger 15, 21.

13 Zentner blaue Gypsartoffeln zu verkaufen. (1879)
A. Bauer, Schwanstr.

Skizze eines mit Holz in der Erde zum Aufhängen zu haben. Preis 18.75. Kömiger 15, 21.

zu verkaufen. (1879)
Kömiger 15, 21.

Bei jedem Einkauf erhalten Sie 4 % in bar oder Lubeca-Rabattmarken.

Wichtig für den Konfirmationsbedarf!

1861 Aus neu eingetroffenen Sendungen empfehle ich ganz besonders preiswert:

- Konfirmanten-Anzüge**, blau und schwarz Cheviot 9.75 11.50 13.75 M.
- Konfirmanten-Anzüge**, blau Chev., bess. Qual., I. u. 2reih. Fass. 11.75 17.50—21.00 M.
- Konfirmanten-Anzüge**, schwarz Kammgarn 13.50 15.75 18.50—21.00 M.
- Dunkelfarbige Anzüge**, in allen Jünglingsgrößen . . . 8.75 10.00 13.00—13.00 M.
- Einzelne Jünglingshosen**, in Zwirnbackskin, Cheviot, Kammgarn etc. 1.88 2.25 2.75 3.25—6.50 M.
- Bekleidung für alle Gewerbe wie Schlachter, Schlosser, Mechaniker, Konditoren, Friseur, Maurer, Zimmerer, Maler usw.** in bekannten guten Marken, zu äußerst billigen Preisen.
- Konfirmanten-Hüte** in weichen und steifen Fassons 1.68—3.85 M.
- Auf meiner jüngsten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit einen größeren Posten **Damen-Mäntel** in kleinen Nummern billig zu kaufen, welche für **Konfirmantinnen** sehr geeignet sind.
U. a.: Dunkelblaue **large Mäntel**, hübsch gearbeitet 9.85 M.
- Moderne farbige **Mäntel** aus englischartigen Stoffen 3.50 5.00 und 7.00 M.
- Dunkelblaue **Kammgarn-Cheviot-Kostüme**, auch in Backfischgrößen (Jacken auf Cloth- oder Seidenunter), komplette Kostüme 15.50 19.00 22.50 29.00 M.
- Schwarze reinwoll. **Kleider**, hübsch garniert, für Konfirmantinnen 12.50 16.90 19.50 M. usw.
- Weißer **Stickeroll-Unterröcke** aus feinen Stoffen mit extrabreiten Stickereien 1.95 2.25 2.65—9.50 M.
- Weißer baumwollene **Flanell-Unterröcke** 1.75 1.95 2.35 2.75 M. usw.
- Ein groß. Posten **schwarze Tändelschürzen** m. Träger, unter Preis jetzt 78 88 95 g bis 1.25 M.
- Die Auswahl in **schwarzen Kleiderstoffen** ist eine sehr große, von den billigsten reinwollenen Cheviotqualitäten per Meter 88 g bis zu den feinsten Popeline und Tuchfabrikaten per Meter 4.15 M.

Durch großen **Masseneinkauf** des Einkaufsverbandes „Norden“ in Hamburg, dem ich mit noch 100 Geschäftsinhabern als Mitglied angehöre, bin ich in der angenehmen Lage, die niedrigsten Preise anzusetzen.

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

2 Ziegen zu verkaufen. (1879)
Vorwerk, Bogenstr. 9a.

Freitag, Sonnabend und Sonntag stehen schöne Ferkel zum Verkauf. (1846)
Krägers Gasthof, Schwartau.

Ein Satz Ferkel abzugeben. (1873)
Schönkampstraße 18.

Ein Satz 5 Wochen alte Ferkel zu verkaufen. (1875)
Fritz Hardt, Neufeld,
Lindenstraße 59.

Ferkel u. Zügänger billig zu verkaufen.
J. Klüwer, (1846)
Schwart Allee 133.

Verloren am Sonnab. nachm. in d. Straßenbahn ein kleiner Stiefel (Bücher). Gegen Belohnung abzugeben. (1876)
Gloginstr. 17, II.

In der Veranlassung am 10. 3. wurde ein Damenschirm vertauscht. Um Rückgabe wird gebeten. (1874)
Glockenstraße 56, I.

Ed. Teuteberg,
Lederhandlung und Schuhwaren (1867)
Unterstraße 60.

20 Ruten Gartenland mit Ferkel sofort zu verpachten. (1862)
Näheres Kömiger 21.

Startoßelland wird verpachtet am Sonntag, dem 15. März, morgens von 3 Uhr an. (1819)
Fr. Reshöft, Driststr. 15.

Sichere Existenz bietet jedermann der **Chauffeurberuf**, wenn durch unsere **staatlich konzeptionierten Chauffeurschule** ausgebildet. **Stellung garantiert**, **Prospekt kostenlos.**

Anhaltische Automobil-Industrie
Bernburg a. S. (1875)

Nehme schon jetzt **Feststellungen** auf **Umsätze** entgegen. (1877)
C. Gründert, Chalostr. 15.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Fab. Volkobrot.**
Johannisstraße 46.

Pass. Konfirmationsgeschenke: Taschenuhren von 3.50 Mk. an, Goldwaren, Silberwaren empfiehlt (922) **Willy Westfeling**, Holstenstrasse 32

Wäselager Nützstraße 03/05
Große Posten (1866)
Zilfiter Wollfett
Pfd. 60 und 70 Pfg.
Zilfiter Fettläse
Pfd. 40 und 50 Pfg.
Holländer Pfd. 50 Pfg. bis 1 Mk.
Holländer Bauernkäse
Pfd. 100 bis 120 Pfg.
Gette Simburger
Pfd. 50 bis 60 Pfg.

Anmeldungen zur Waldschule nimmt Herr Dr. med. J. Meyer, Königstraße 100, vormittags von 9-10 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr entgegen. Die letzten Schulzeugnisse sind mitzubringen. (1831) Die Waldschulkommission.

Zur Konfirmation

Konfirmanden-Anzüge **11⁵⁰** **14⁰⁰** **17⁵⁰** **21⁰⁰** **24⁰⁰** bis **36⁰⁰**

Konfirmanden-Kleider, Kostüme schwarz, blau, lango, grün, gold.

Konfirmanden-Stiefel für Mädchen und Knaben **5⁸⁵** **6⁷⁵** **7⁵⁰**

Konfirmanden-Hüte, Wäsche, Handschuhe, Krawatten ganz besonders billig.

Spezialität: Berufskleidung und Lehrlings-Ausrüstungen.

Ehlers & Reetwisch Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Vollständige Ausstattungen zur Einsegnung!

Anzüge: aus schwarzen u. blauen Kammgarn, Cheviot und Melton, moderne Formen, ein- u. zweireihig

24⁵⁰ 21⁵⁰ 16⁸⁰ 14⁷⁵ 11⁹⁰

Kleider: schwarze Kleider aus Popeline, moderne, mit Tunika verarbeitet, Prüfungskleider, in allen Farben mit Plisces u. Band-Verarbeitung

Grosse Auswahl, aparte Neuheiten, sehr preiswert

19⁰⁰ 16⁵⁰ 14⁸⁰ 13⁷⁵ 12⁵⁰

Jacketts: mod. Farben, neue Sportfassons, Mäntel, einfarb. Stoffe, engl. Art, Kostüme, blau Cheviot, einfarbig

18⁷⁵ 14⁷⁵ 12⁵⁰ 11⁷⁵ 10⁸⁰

Für Mädchen

- Hemden, Achsel- oder Vorder-Schluß 1.35
- Beinkleider, Ia. Wäschetuch . . . 1.38
- Beinkleider, Knieform 1.65
- Nachtjacken, gerauhlt Croissee . . . 1.28
- Korsetts, gutschitzende Form . 1.45, 95.¢
- Untertaillen, Stickereistoff . . 95.¢, 78.¢
- Strümpfe, wollplattiert 58.¢, 38.¢
- Strümpfe, baumw., engl. lang 75.¢, 48.¢
- Handschuhe, schw. lang, durchbr. . 95.¢
- Handschuhe, Trikot, 2 Knopf . 68.¢, 48.¢
- Handtaschen, Leder imitiert 1.75, 1.25, 95.¢, 78.¢

Für Knaben

- Knaben-Strümpfe, schwarz 1.25, 95.¢, 78.¢, 65.¢
- Krawatten, wß. u. schw. 65, 55, 38, 25.¢
- Knaben-Taghemden 1.95, 1.75
- Knaben-Hosenträger . . . 95, 60, 45.¢
- Manschetten, rund und Ecken 58, 38.¢
- Vorhemden, glatt oder Falten . 65, 48.¢
- Portemonnaies, Leder u. imit. 95, 65.¢
- Manschetten-Knöpfe 65, 42, 30, 18.¢
- Einsegnungshüte, neue Form, steif, schwarz 3.75, 3.25, 2.45
- Glacé-Handschuhe für Mädchen und Knaben 1.95, 1.45

Bei Einkäufen rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar!

Markmann & Meyer



Für unsere Leser!
Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkbund, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text bieten wir unseren Lesern
zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Billig!

Pfd. Dosen	Pfg.
2 „ Brechbohnen	22
2 „ junge Brechbohnen	22
2 „ Vertbohnen	40
4 „ Brechbohnen	60
1 „ Erbisen	30, 36
2 „ Erbisen	40, 48, 60
4 „ Erbisen	110
1 „ Spargel	55, 60, 65
2 „ Spargel	95, 115
1 „ Spinat	35
2 „ Spinat	55
1 „ Karotten	22
2 „ Karotten	33
2 „ Kohlrabi	36
2 „ Sellerie	60
2 „ Zwetschen	60
2 „ Apfelsinen	70
2 „ Mirabellen	85
2 „ Senfgurken	80
10 „ Senfgurken	350
10 „ Zwetschen	275
10 „ Apfelsinen	300
10 Pfd.-Eimer Preisf. b.	320

Eduard Speck,
1868) Nützstraße 80/82.

Goethes Werke

3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Kücknitz.

Sonntag, den 15. März:
Großer Gefinde-Ball.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 1/2 Uhr.
Reizung 9 Uhr.
Die Teilnehmer, Herren u. Damen, werden gebeten in Berufs- oder bunter Anzug zu erscheinen.
Das Komitee. W. Dieckelmann.

Seeretz.

Der roten Woche halber findet die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, dem 15. März, abends 8 Uhr, im Parteilokal statt.
Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder bittet
1879) Der Vorstand.

Schillers Werke

3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Ja. Riegenfleisch Wmd 40 Pfg. 1865) Et. 28 Markthalle Et. 28.
Wegen Rückgang der Schweinepreise verkaufe ich Sonnabend in der Markthalle, Stand 13, 14 und 15:

- Pfd. Schweinefleisch Pfd. 55, 60.¢
- Schweinebraten Pfd. 70.¢
- Flomen Pfd. 70.¢
- Kopf und Bein 5 Pfd. 1.00
- Ferri. Rindfleisch Pfd. 70.¢
- jettes Kalbfleisch Pfd. 60.¢
- Kalbbraten Pfd. 70.¢

alles auf dem hiesigen Schlachthof geschlachtet!

W. Strohsfeldt. 1878

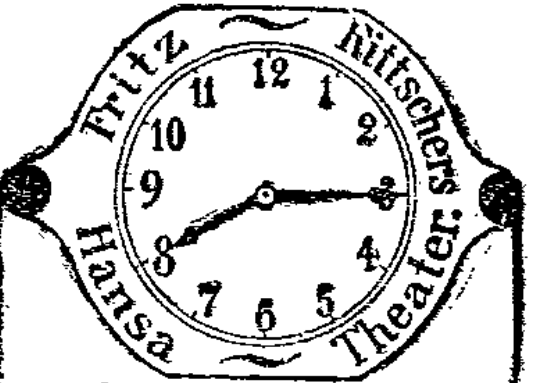
Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Festhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksh. Johannisstr. 46.

Heines Werke

3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.



Kurzes Gastspiel des **Rudolph-Baron-Ensembles.**
Neu! Neu! Neu!
Grosse Revue.
Mein Hamburg!

Da lacht das Herz!
Charly Wittong als Gast.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt, und Nagel, Am Markt.
Anfang: Sonntags 8 Uhr (1906) Werktags 8 1/4 Uhr.
Kleine Preise.

Sonntag, den 15. März nachmittags 4 Uhr:
Charly Wittong a. G.
Kinder-Kabarett-Vorstellung
mit Salon-Orchester.
I. Teil:

Kinderlieder von Baron, gesungen und getanzt von bekannten Kinder-Darstellerinnen aus Hamburg.
U. a.: Puppenwäsche. Die perfekte Köchin. Schneeglockchenlied. Der Teddybär. Schnada-hüpfeln usw.
II. Teil:
Charly Wittong als Vierländer.
III. Teil:
Robert und Bertram oder die lustigen Vagabunden.
Posse mit Gesang in 1 Akt.

Hochfeine Tafelbutter	Pfund 1.15 M.
Feinste Meiereibutter	Pfund 1.30 M.
Feinste Hofbutter	Pfund 1.20 M.
Holländer Käse	Pfund 80 g 1.00 M.
Tilsiter	Pfund 90 70 60 40 M.
Schweizer	Pfund 1.00 M.
Landleberwurst	Pfund 1.00 M.
Landmettwurst	Pfund 1.50 1.40 M.
Wahmstr. 6. C. Krapp Nachf. Wahmstr. 6.	

Große frische hiesige **Eier** aus eigenen Sammelstellen Stück **7** M.

Allerfeinste Meierei-**Tafel-Butter** mit höchster Auszeichnung Pfund **1.40** M.

Freitag, Sonnabend und Sonntag:
Doppelte Rabattmarken (1849) auf Margarine.

Ohlens-Buttergeschäft
Huxstraße 30 Lübeck Huxstraße 30.
Bad Oldesloe, Hude 6. Eutin, Peterstr. 11.

Chorverein Lübeck.
Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Konzert
am Freitag, dem 20. März 1914
im Gewerkschaftshaus
unter gütiger Mitwirkung von
Fräulein Agnes Lenbach (Alt), Herrn Max Spilker
und Herrn Dr. Hartzem, Kapellmeister, am hiesigen
Stadttheater.
Dirigent: Herr Robert Sulanke.

PROGRAMM:

- Männerchöre:
 - An die Freude, Gedicht von Schiller . . . Rosenberg
 - Die Post im Walde, mit Tromba-Solo . . . H. Schäffer (Rob. Sulanke)
- Lieder für Alt: Drei Wiegenlieder
 - Die Mutter an der Wiege . . . C. Löwe
 - Wiegenlied . . . Peter Cornelius
 - Wenn es schummert . . . Hans Hermann
- Frauenchöre:
 - Ein altes Lied . . . A. Uthmann
 - Es steht eine Lind' . . . A. Uthmann
- Frauenchöre:
 - Heideröschchen . . . H. Werner
 - Mein Schatz ist ein Schmied . . . H. Rastyr
- Lieder für Bariton:
 - Der Leiermann
 - Der Neugierige
 - Ungeduld
 . . . F. Schubert
- Lieder für Alt:
 - Lied der Mignon aus der Oper „Mignon“ . . . Ambr. Thomas
 - Feinsliebchen du sollst mir nicht darfuß gehn . . . Joh. Brahms
 - Mein Mädels hat einen Rosenmund . . . Joh. Brahms
- Männerchöre:
 - Drei Augenblicke . . . R. Schaus
 - Schottischer Bardenchor . . . H. Korz
- Frauenchor:
 - Es ist ein Brunnlein gelassen . . . H. Salger
- Lieder für Bariton:
 - Die beiden Grenadiere . . . Rob. Schumann
 - Lauf der Welt . . . Edvard Grieg
- Männerchor:
 - Sturm . . . A. Uthmann

Anfang 8 1/2 Uhr. (1862) Eintritt 30 Pfg.

Karten sind zu haben bei Friedrich Lender, Huxstraße 24,
Carl Wittfoot, Huxstraße 18, H. Lexau, Böttcherstraße 18
und im Gewerkschaftshaus.

Singlieder gegen Verzeigung der Mitgliedskarte freien Eintritt.
Garderobe 10 Pfg. Rauchen verboten.
Der Vorstand.

Im Frühjahrs-Reklame-Verkauf

Berufs- und Arbeiter-Bekleidung

für jeden Beruf.

zu sehr vorteilhaften Preisen.

Durch rechtzeitige günstige Abschlüsse verkaufe ich wirklich gute und richtig passende Kleidung zu äußerst niedrig gestellten Preisen.

Diener-Jacken	blau und weiß gestreift	4.20	Maler-Kittel	aus Stouls oder Leinen	2.90 2.30	1.95
Diener-Hosen	blau-weiß gestreift mit Knie-Gurt	4.25	Maler-Joppen	in hochgeschlossener und Jackettform	3.50 2.75	1.80
Diener-Westen	verschiedene Farben	3.50	Maler-Hosen	mit Schnur zum Ueberziehen	2.75 1.80	1.50
Koch-Jacken	aus weißem Körper	3.50	Schlachter-Jacken	fein gestreift Satin 2-reihig	4.75 4.25	3.95
Koch-Hosen	aus Baumwollstoff	2.75	Schlachter-Kittel	blau-weiße Arbeitsbluse	2.90 2.60	2.30

Lehrlings-Ausrüstungen

Schlosser-Jacken	gerade oder schräge geknöpft	1.35	Friseur-Mäntel	aus Körper, mit blauem oder braunem Besatz	5.75	4.90
Ingenieur-Jacken	aus blau Leinen oder Körper	2.30	Friseur-Jacketts	aus weißem Körper oder Satin	3.90 3.60	2.95
Schlosser-Hosen	mit Schnur zum Ueberziehen	1.35	Haarschneide-Mäntel	mit zwei Ärmeln	3.90	3.20
Ingenieur-Hosen	aus blau Leinen oder Körper	2.30	Kellner-Jacketts	weiß Körper, zweireihige Fassung	4.50	3.25
Kessel-Anzüge	aus blau Leinen oder Körper	5.90	Kellner-Smokings	Fassung „Opera“	5.25	4.90

Auf saubere starke Näharbeit habe ich besonders großen Wert gelegt. Zur Verarbeitung gelangen nur solide und im Tragen erprobte Qualitäten, für deren Waschechtheit und Haltbarkeit ich aufkomme.

Schriftsetzer-Kittel	blau-weiß gestreift	2.95	Maurer-Blusen	gestreift mit Gurt	2.30	1.75
Mechaniker-Kittel	aus braunem Körper-nova	2.75	Maurer-Hosen	in gewöhnlicher u. Schnittform	4.40	2.95
Goldarbeiter-Kittel	aus grünem Körper	2.95	Maurer-Westen	starke Qualität	2.90	2.20
Hausdiener-Hosen	starke Strapazier-Qualitäten	4.50	Arbeits-Blusen	blau-weiß gestreift	1.95	1.35
Hausdiener-Westen	mit Ärmeln, ganz gefüttert	4.90	Arbeits-Hemden	aus verschiedenen Stoffen	185 135	95.3

Kellner-Garderoben

Engl.-Lederhosen	in braun oder blau	1.95	Pilot-Jacken	blau, in verschiedenen Formen	3.50 3.20	2.90
Gestr. Lederhosen	in verschiedenen Qualitäten	2.40	Pilot-Hosen	blau, echtfarbige Qualitäten	4.60 3.90	2.75
Manchester-Hosen	in braun, grün oder schwarz	3.60	Zwirn-Hosen	saubere starke Näharbeit	3.60 2.90	2.30
Zimmerer-Hosen	mit und ohne Schnitt	6.90	Buckskin-Hosen	aus kräftigen Strapazier-stoffen	5.40 3.90	2.40
Zimmerer-Westen	mit großen Perlmutterknöpfen	4.25	Reit-Hosen	aus Tirtey-Cord oder Manchester	9.50 7.90	6.50

Rudolph Karstadt

Lübeck.

1860

Unsere Forderungen.

- Mit allem Nachdruck demonstriert die Sozialdemokratie durch die Veranstaltung der Roten Woche für ihre grundsätzlichen Forderungen. Vor allem betont sie ihr Ziel: die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsordnung, durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln.
- Aus unseren grundsätzlichen Forderungen ergeben sich die praktischen, die wir auf politischem, sozialem und allgemein kulturellem Gebiet, sowie dem der Rechtsprechung erheben.
- Von den wichtigsten sozialen Forderungen heben wir hier die folgenden heraus:
- Freies, geschütztes Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Angestellte.
- Freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Arbeiter und Angestellte.
- Achtstundentag als Maximalarbeitszeit.
- Verbot der Kinderarbeit.
- Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.
- Verbot besonders gesundheitschädlicher Arbeit für Frauen.
- Regelung der Heimarbeit, Festsetzung von Minimallöhnen.
- Verbesserung der Gewerbeaufsicht.
- Mitwirkung der Arbeiter in der Gewerbeaufsicht.
- Verschärfung der Strafbestimmungen betreffend Übertretung von Arbeiterschutzbestimmungen.
- Arbeitslosenfürsorge. — Beihilfen zu den von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenunterstützungen; Schaffung von passenden Notstandsarbeiten und Beschäftigung Arbeitsloser zu den tariflich festgelegten Lohnsätzen. Vorbereitung zur Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung.
- Verbot der Konkurrenzklause.
- Verbot der Sonntagsarbeit, mit Ausnahme dringender Fälle.
- Einbeziehung aller Erwerbstätigen mit einem Einkommen von unter 5000 Mark in die soziale Versicherung (Krankheit, Unfall, Invalidität).
- Öffentliche Gesundheitspflege. — Einführung kostenloser Krankenpflege, Errichtung von Krankenhäusern, Badeanstalten, Einführung der Schulspaltung, des Schulartzsystems, kommunaler Säuglingsfürsorge usw.
- Erhöhung der Unfallrente nach Maßgabe des wirklich verdienten Lohnes. — Bei vollständiger Arbeitsunfähigkeit Rente in voller Höhe des früheren Verdienstes.
- Erhöhung des Krankengeldes und der Invalidenrenten nach demselben Grundsatz.
- Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Invalidenrente auf 60 Jahre.
- Wohnungsreform. — Schaffung gesunder und billiger Wohnungen durch die Gemeinden. Einführung eines kostenlosen kommunalen Wohnungsnachweises. Verbot, das Mietverhältnis mit dem Arbeitsverhältnis zu verknüpfen (Werkwohnungen).
- Bestimmungen, die alle bei sogen. Werkspensionskassen erworbenen Ansprüche auf alle Fälle, also auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis, sicherstellen.
- Strenges Verbot, durch sogen. Privatverträge Rechtswohltaten und Staatsbürgerrechte für den Arbeiter und Angestellten unwirksam zu machen.
- Einheitliches Arbeitsrecht, einschließlich der Landarbeiter, Dienstboten, sowie den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten. Allgemeine Einführung gewerblicher Gerichte (Gewerbe- und Kaufmannsgerichte) für alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten und für alle aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten.
- Selbstverwaltung in allen Zweigen der sozialen Versicherung und Rechtsprechung.
- Schaffung eines Reichsarbeitsamts, dessen sämtliche Träger in gleicher Zahl aus freigewählten Vertretern der Arbeiter und Unternehmer zusammengesetzt werden. — Landesgesetze und Polizeiverordnungen, die in das Arbeitsrecht eingreifen, sind rechtsunwirksam.
- Aus den aufgeführten Forderungen ergeben sich naturgemäß noch sehr viele Spezialforderungen. Es erübrigt sich, sie hier einzeln aufzuzählen.
- Die herausgestellten Forderungen, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sogar leicht durchgeführt werden könnten, lassen deutlich erkennen, wie weit wir auf sozialem Gebiete noch zurück sind.
- Die Forderungen vertritt die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck. Wer sie darin unterstützen will, der schließe sich der Partei an und werde einer der Arbeiterzeitungen.

Im Namen der Menschheit!

Am 25. November 1913 vereinigten sich 500 der besten Vertreter des europäischen Kulturwissens zu einem Protest gegen die fortgesetzten Greuel in den russischen Gefängnissen. Die Presse sämtlicher Kulturländer druckte diesen Protest ab, und aus den fernsten Winkeln Sibiriens, aus Kertern und Verbannungsorten kam als Widerhall auf diese Hilfsaktion die Nachricht über neubelebte Hoffnungen der politischen Gefangenen Russlands.

Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Desterreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhaftere Verarbeitung ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Auf-

rufes vom 25. November in Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind. Als die Vertreter dieser Bestrebungen in Deutschland treten wir heute an die Öffentlichkeit, um in engster Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes den politischen Gefangenen Russlands moralische und materielle Hilfe zu bringen.

„Es ist — schreiben vor einiger Zeit die politischen Gefangenen aus einigen russischen Kertern — es ist die verächtliche Selbstsucht, die mitschuldig macht, es ist die feige Gleichgültigkeit derer, die die kleinste Mühe scheuen, es ist die ganze Stumpfheit der öffentlichen Meinung, die uns zur Hoffnungslosigkeit, Entmutigung und Verzweiflung getrieben haben.“ Diese Anklagen der lebendig Begabten, die tiefe Scham in allen menschlich Fühlenden wachrufen müssen, dürfen nicht mehr ertönen. Es ist hohe Zeit, daß Selbstsucht und Gleichgültigkeit verstummen, es ist hohe Zeit, daß die Kulturmenschen wieder — wie ehemals — sich auf ihre Pflichten gegen die Opfer eines rückständigen, gewalttätigen Regierungssystems besinnen!

Nichts wäre verberlicher, als dieser heiligen Aufgabe des wahren Menschentums das Argument der „Nächteinmischung“ entgegenzusetzen. Nichts wäre gefährlicher, als dieser keinen Aufschub duldenden Wirklichkeit mit dem Einwand zu begegnen, das Ausland könne und dürfe den politischen Gefangenen des Zarismus keine Hilfe bringen. Nein und tausendmal nein! Das Ausland kann — wenn es nur will — wertvolle Hilfe leisten, um die Ausschreitungen der russischen Gefängnisbeamten zu zügeln, es kann die Leiden der politischen Gefangenen lindern, das haben zahlreiche Fälle aus der Vergangenheit bewiesen! Das Ausland muß diese Pflicht erfüllen — wenn es gegenüber einer immer höher anschwellenden Woge der Unmenschlichkeit die heiligsten Grundzüge der Menschlichkeit nach Kräften wahren will!

So appellieren wir hiermit an alle aufrechten deutschen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteien, unsere Bestrebungen in jeder ihnen zugänglichen Art zu unterstützen. Wir appellieren im Namen der Menschheit an das Rechtsgefühl und die Humanität des deutschen Volkes, denn nie ward der Name Mensch so geschändet, wie in diesen Tagen des 20. Jahrhunderts durch die Missetaten in den Kertern und Verbannungsorten des russischen Reiches!

Der Vorstand des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbannten Russlands: Minna Cauer (Vorsitzende), M. S. Witt (Schriftführer).

Aus der Partei.

Der Gendarmenkampf gegen die rote Woche wird in der Provinz weiter fortgesetzt. In Müngsdorf Kreis Ohlau (Schlesien) schickte der Amtsvorsteher eine Verfügung des Landrats an die Gastwirte, in der es hieß: „Das Unheissen sozialdemokratische Plakate in der roten Woche vom 8. bis 15. März haben Sie mit größter Strenge zu verhindern und zu ahnden.“ Der Erfolg war, daß der Dorfgastwirt schlüssig das Verbandsplakat des Landarbeiterverbandes, ein Werbeschild der „Volkswacht“ und eine Einladung zur Frauenerammlung von den Wänden herunterriß. — Damit werden der Landrat und der Amtsvorsteher zwar zufrieden sein, die Wirkung der roten Woche aber werden sie nicht abschwächen. Im Gegenteil!

Aus Ostelbien. Das Kgl. Schauspielhaus in Danzig, das die Stadt Danzig mit jährlich 10 000 Mark unterstützt, wurde im vorigen Jahr von dem Pächter und Direktor zum ersten Male auch der Arbeitererschaft zur Aufführung von Rosenoms „Roter Lampe“ überlassen. Im Herbst folgte dann Lessings „Minna von Barnhelm“. Dazu kündigte der Bildungsausschuß den Besuchern die vorzügliche Einführung von Mehring aus. Der Direktor hatte weiter anstandslos eine Reihe von Vorstellungen zugeagt. Ursprünglich lehnte er aber die erste der Vorstellungen unter Vorwänden, die den höchsten Wert deutlich verrieten, unter allen Umständen ab. Der Bildungsausschuß wurde persönlich durch seinen Vorsitzenden und auch schriftlich beim Regierungspräsidenten wegen der weiteren Überlassung des Theaters vorstellig, doch vergeblich. Wohl mußte der Regierungspräsident die Bestrebungen des Bildungsausschusses als gute anerkennen, doch konnte er, so sagte der Präsident, es nicht billigen, daß die Arbeiter auf diesen Bildungsausschuß angewiesen seien. Also das Theater bleibt für die Danziger Arbeitererschaft geschlossen. In letzter Linie dürfte die Ursache hierfür in Mehring's Einführung zu „Minna von Barnhelm“ zu suchen sein. Diese Aussperrung der Arbeiter aus dem Theater hat in bürgerlichen Kreisen nicht den geringsten Widerpruch gefunden. Die Kritiker der bürgerlichen Presse schweigen dazu, wie auf der Tat ertappte Mitschuldige. Als Ersatz veranstaltete der Bildungsausschuß am 8. März im Schützenhause einen Experimentavortrag des Physikers Stadthagen aus Charlottenburg. Auch bei diesem wissenschaftlichen Vortrage machte das Polizeipräsidium Schwierigkeiten: Es hatte große Bedenken hinsichtlich der „Feuergefährlichkeit“ des Apparates, und der Vortrag wurde polizeilich überwacht. Weiter wurde die im Anschluß an den Vortrag geplante gesellige Unterhaltung polizeilich nicht genehmigt. — So bekämpft man in Preußen die Arbeitererschaft!

Ein beleidigter Pfarrer. Der Pfarrer Franke aus Bertholdsdorf hielt wiederholt eine Kolporteursfrau an und machte ihr Vorhaltungen, weil sie den liberalen „Striegauer Anzeiger“ verbreitete. Er stellte ihr in Aussicht, daß sie in die Hölle käme, wenn sie noch weiter dieses Blatt austrage. Darauf erkief der Ehemann der Frau in dem genannten Blatte folgendes Inserat:

„Wenn der Pfarrer Franke aus Bertholdsdorf meiner Frau auf ihren geschäftlichen Gängen keine Ruhe läßt und sie noch weiter auf der Straße belästigt, sehe ich mich veranlaßt, ohne Rücksicht auf seinen Beruf gerichtlich gegen ihn vorzugehen.“

Die Breslauer „Volkswacht“ berichtete von diesem Inserat, worauf der Pfarrer Strafantrag gegen unser Parteiblatt stellte. Das Gericht verurteilte den Redakteur, Genossen Förster, zu drei Wochen Gefängnis, weil man aus der Art, wie die „Volkswacht“ über den Vorfall berichtete, schließen konnte, daß der Pfarrer die Frau in unzüchtiger Weise belästigt habe.

Ein empfindlicher Gegner. In Halberstadt hat die nationalliberale Partei in dem Rechtsanwalt Deesen ein Mitglied, das sich seit Jahren durch eine besonders gehässige Bekämpfung der Sozialdemokratie auszeichnete. Dieser selbst Herr ist aber von einer mimosenhaften Empfindlichkeit gegen jede gegnerische Kritik, und es will ihm gar nicht in den Sinn, daß es nur aus dem Walde wieder so herausfällt, wie es hineinschaltete. Er ging deshalb hin und verklagte gleich drei Sozialdemokraten auf einmal, weil sie ihm bei passender Gelegenheit die Antwort nicht schuldig geblieben waren. Am Montag wurde der Prozeß vor dem Schöffengericht in Halberstadt verhandelt und zwar waren angeklagt der Redakteur Genosse Berg vom „Halberstädter Anzeiger“, einem in einem Privatverlag erscheinenden Blatte mit sozialdemokratischer Tendenz, der Arbeitersekretär Georg Schulze-Halberstadt und der Redakteur Genosse Emil Müller von der Magdeburger „Volkstimme“. Unsere Genossen, die verteidigt wurden durch die Rechtsanwältin Volksgang Heine-Berlin und Hammer Schlag-Magdeburg, ließen es sich nicht nehmen, einmal vor Gericht die ganze niedrige Kampfesweise dieses nationalliberalen Wahlmaniers zu beleuchten, was denn auch in achtstündiger Verhandlung so gründlich geschah, daß der Verteidiger des Herrn Deesen einmal verzweiflungsvoll bemerkte, es scheint, als ob nicht die Angeklagten, sondern Deesen selbst auf der Anklagebank säße. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß Genosse Berg wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 500 Mark Geldstrafe und wegen einfacher Beleidigung Genosse Schulze zu 200 Mark und Genosse Müller zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Nun kann Herr Deesen weiter „lämpfen“ und klagen!

Ein Bubenstreich. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ist das in Berlin-Charlottenburg befindliche Denkmal Kaiser Friedrichs an mehreren Stellen durch mit Anilinfarbe aufgetragene Worte: „Rote Woche“ beschmutzt worden. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß wir diese Tat entschieden verurteilen. Natürlich fällt die bürgerliche Presse wie eine deutegierliche Meute über diesen Happen her und versucht, die Tat der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen. Der Berliner Polizeipräsident hat sogar auf die Ermittlung des Täters 1000 Mark Belohnung — den gleichen Betrag wie für einen Mörder (!!) — ausgesetzt. — In dieser Angelegenheit erläßt die Parteiführung Berlins folgende Erklärung: „Das Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg ist dadurch beschädigt worden, daß die Worte „Rote Woche“ in Anilinfarbe angebracht worden sind. Die Versuche, die Handlung der Sozialdemokratie zuzuschreiben, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei eine derartige Handlungsweise verurteilt. Gewisse Umstände legen den Verdacht nahe, daß man es mit der verächtlichen Tat eines Spießes oder eines fanatischen Gegners unserer Partei zu tun hat. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. J. A.: Eugen Ernst.“

Parteitag der holländischen Sozialdemokratie. In den Ostertagen, vom 12. bis 14. April, hält die holländische Sozialdemokratische Partei ihren Jahreskongreß ab. Der Hauptpunkt der langen Tagesordnung ist die Revision des Parteiprogramms, besonders der politischen Forderungen desselben. Es hat jahrelang un verändert fortbestanden und muß nunmehr aktueller gestaltet werden, umso mehr als einige Forderungen des Programms inzwischen durch die Gesetzgebung erfüllt worden sind. Weiter ist eine eingehende Revision des Organisationsstatus von der Partei vorbereitet worden. Diese Revision ist um deswillen notwendig, weil sich die Mitgliederzahl in der Parteiorganisation in den letzten vier Jahren verdreifacht hat und eine Dezentralisation nicht länger hinausgeschoben werden kann. Die Provinzialausschüsse bekommen ausgedehntere Befugnisse, auch wird ein aus Vertretern der Parlamentsfraktionen, der Presse und der provinziellen Organisationen gebildeter Parteirat geschaffen, der mit dem Parteivorstand die Partei zu leiten hat. Oberste Instanz bleibt der Jahreskongreß.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, schwarze Woche! Die christlichen Gewerkschaften haben in den letztvergangenen Monaten böse unter den Kommandos ihrer mehr oder weniger legitimen und illegitimen Führer gelitten. Man hat begriffen, daß damit die Sicherheit der christlichen Arbeiterorganisationen mangelhaft zu werden droht, in krüger Erkenntnis dieser Tatsache sind eifrig neue Mitglieder erworben worden und man wirbt auch jetzt noch. Ueber das Resultat dieser Arbeit schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands das folgende: „In den jüngsten Auseinandersetzungen um die christlichen Gewerkschaften, bei denen wieder einmal Ströme von Linte verbraucht wurden, haben wir nur wenige Bemerkungen zu machen... entscheidend ist, was die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst tun. Und diese haben auf das Getöse der letzten Wochen die einzig richtige Antwort gegeben: sie haben in verdichteten Bezirken eine systematisch vorbereitete Hausagitation durchgeführt und in vierzehn Tagen den Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften um über 6000 gesteigert. Das ist die wirksamste Abwehr gegenüber den ewigen Quängeleien, womit man die christlichen Gewerkschaften unaufhörlich zu beunruhigen sucht; man redet nicht mehr, man handelt.“ — Sehr richtig! Nicht reden, sondern handeln. Die rote Woche und ihr Resultat muß zeigen, daß gegen die Energie und die Begeisterung der denkenden und klassenbewußten Arbeiter niemand aufkommt, weder der Staatsanwalt, noch die christlichen Gewerkschaften.

Schneiderstreik in Burg bei Magdeburg. Sämtliche Schneidergesellen haben die Arbeit niedergelegt. Veranlassung dazu gab die Weigerung der Zwangsinnung in Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag einzutreten. Vor einigen Jahren, als die Zwangsinnung noch nicht bestand, hatte die Organisation der Schneider mit den einzelnen Meistern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Da den Gesellen die Lohnsätze bei der steigenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse nicht mehr genigten, reichten sie dem Innungsvorstand einen neuen Tarifentwurf ein mit dem Ersuchen, darüber in Verhandlungen einzutreten. Natürlich unterließen sie, dem neuen Entwurf eine formale Kündigungs-erklärung beizufügen, weil die Innung ja nicht der Kontrahent des alten Tarifvertrages war. Das bot der Innung die Handhabe, jegliche Verhandlungen abzulehnen, indem sie erklärte, daß der alte Tarif, weil er nicht gekündigt worden sei, weiter Geltung habe. Der Gewerbegerichtsvorsitzende hat angeblich den Innungsvorstand in dieser seiner Ansicht bestärkt. Die Meister bemühen sich, Ersatzkräfte heranzuziehen. Bisher hatten sie damit allerdings keinen Erfolg.

Unternehmerterror. Ein dristlicher Fall von Unternehmerterror gegen mittelbige Arbeiter ereignete sich in Witten i. Sa. Dort streikten seit fünf Monaten die Holzarbeiter der Möbelfabrik von Krebs. Mehrere Arbeiter haben darauf verzichtet, wieder bei Krebs in Arbeit zu treten. Sie kommen also als Streikende gar nicht mehr in Betracht. Wenn einer von diesen Arbeit erhalten hat, so bietet der Unternehmer Krebs sofort alle Mittel auf, um ihn wieder außer Arbeit zu bringen. Jüngst fand einer auf einem Bergwerk Beschäftigung. Nachdem er drei Stunden gearbeitet hatte, erklärte man ihm: „Wir sind mit Ihnen zwar sehr zufrieden und möchten Sie gern behalten, aber Herr Krebs hat uns aufgefordert, Sie sofort zu entlassen. Gehen Sie zu Krebs und sehen Sie, ob er keine Aufforderung zurücknimmt und dann können Sie sofort weiter arbeiten.“ Als der Arbeiter zu Krebs kam, sagte ihm dieser: „Und wenn Sie auf die Knie fallen, tue ich Ihnen den Willen nicht.“ „Ich werde überhaupt dafür sorgen, daß keiner von Ihnen in Arbeit kommt, solange der Streit bei mir dauert.“

Der Staatsanwalt schützt die Ehre der Gelben. Aus Anlaß einer Betrachtung über die Art des Wachstums gelber Werkvereine im allgemeinen und des Werkvereins der Brennaborwerke in Brandenburg a. S. im besonderen war es zwischen dem Vorsitzenden des genannten Vereins H. Weidner und der „Brandenburger Zeitung“ zu einer kurzen Polemik gekommen, in deren Verlauf die „Brandenburger Zeitung“ in einer Abwehrtätigkeit gegen eine ihre Abonnenten beleidigende Neuherausgabe des Weidner mit Bezug auf die während der Aussperrung auf den Brennaborwerken von Berlin zugewanderten neuen Mitgliedern des Werkvereins die Bezeichnung „Berliner Eisbrecher“ anwandte und zwar in dem Sinne, daß erst durch die Berliner Zugewanderten der solange gänzlich bedeutungslose gelbe Werkverein auf den Brennaborwerken „Losgeleitet“, d. h. Fortschritt in seinen Mitgliederzahlen gemacht hatte. Durch den Gebrauch dieses Ausdrucks fühlten sich angeblich der Vorsitzende Weidner und eine Anzahl weiterer gelber Werkvereinsmitglieder beleidigt. Die Staatsanwaltschaft in Potsdam erhob auf Antrag öffentliche Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Genossen Erich Baron, mit der Begründung, das Wort „Eisbrecher“ sei eine strafbare Umgehung des Wortes „Streikbrecher“. Die vom Verteidiger des Genossen Baron, Dr. Karl Liebknecht, beantragte Klageerhebung gegen Weidner wegen Beleidigung Barons, die in dem Vorwurf der unächseligen Haltung der „Brandenburger Zeitung“ enthalten war, lehnte die Staatsanwaltschaft, wie auch auf eingereichte Beschwerden der Oberstaatsanwalt ab. Dagegen war in dem Prozeß gegen Baron auf Dienstag, den 10. März, vor der Brandenburger Strafkammer Termin angesetzt. In der Verhandlung wurde von Baron, wie auch von Dr. Liebknecht, darauf verwiesen, daß die inkriminierte Neuherausgabe in dem erwähnten Sinne aufzufassen sei und somit schon keine Beleidigung der Kläger bedeuten könne. Selbst aber auch für den Fall, daß das Gericht das Wort „Eisbrecher“ für „Streikbrecher“ nehmen könne, stelle seine Anwendung keine strafbare Handlung dar, da zwar nach der strebenden Rechtsprechung das Wort „Streikbrecher“ als beleidigende Neuherausgabe betrachtet werde, indes eine andere an sich schon nicht strafbare Benennung von sogenannten Arbeitswilligen nicht Strafbarkeit nach sich ziehen könne. Um eine Verhandlungsbasis zu schaffen, sollte der Vorsitzende des Gerichts zunächst feststellen, ob die Kläger auch wirklich Berliner und somit zur Klage berechtigt seien. Da die Staatsanwaltschaft eine solche Feststellung nicht ge-

macht hatte und auch keiner der Kläger im Termin anwesend war, wurde Verhandlung beschlossen. Auf Antrag des Verteidigers sollen sämtliche Kläger, zirka 30, zum nächsten Termin geladen werden, um festzustellen, ob sie sich auch wirklich beleidigt fühlen und ob sie sich beleidigt fühlen konnten. Wie und um was sich doch nicht alles die objektlose Behörde bemüht!

Soziales.

Die Wirkungen der Syndikatspolitik. Die Aktiengesellschaft Phönix in Hörde zählt zu den erfolgreichsten Bergbau- und Hüttenbetriebsunternehmen in Deutschland. Sie besitzt drei große Kohlenzechen, mehrere Eisenerzgruben und zehn Eisenhütten. Dieser Besitz repräsentiert einen Wert von 182 Millionen Mark, wofür aber auch wahre Riesengewinne ab. In den letzten drei Jahren betrugen die Ueberschüsse: 1911: 33 Millionen Mark; 1912: 37 Millionen Mark und 1913: 42 Millionen Mark. Dividenden wurden verteilt im Jahre 1911: 15 Prozent, in den letzten zwei Jahren 18 Prozent. Jetzt wird die A.-G. Phönix die eine ihrer zehn Eisenhütten stilllegen, und zwar das Hochofenwerk zu Kupferdreh an der Ruhr. Die eigentliche Veranlassung dazu hat das Rohstoffsyndikat gegeben, das zur Vermeidung von Preisrückgängen die Eisenerzeugung gern eingeschränkt sehen möchte. Weil sich aber eine Kapitalistengruppe von der Art unserer Eisenerzindustriellen nicht ohne Weiteres einer Beschränkung ihres Profits unterwirft, mußte das Eisen Syndikat in den Beutel greifen. Und es griff ziemlich tief hinein — 650 000 Mark hat es nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ der Phönix für die Stilllegung der Hütte Kupferdreh zahlen müssen. Der Vorstand des Rohstoffsyndikats hat sich vielleicht auf seine Politik etwas eingebildet. Die Freude dürfte aber nicht lange währen, denn wie verläuft, will die Phönix den Betrieb ihres Hüttenwerkes in Bergedorf so viel erweitern, daß keine Verringerung, sondern eine starke Vermehrung ihrer Eisenerzeugung die Folge ist. Uebrigens so ging es übrigens vor einigen Jahren dem Kohlen Syndikat. Das kaufte zur Einschränkung der Konkurrenz für 800 000 Mark 100 Kohlen für Abbruch und mußte dann erleben, daß die ausgekaufte Gesellschaft im Auslande neue Kohleren baute und nun erst recht dem deutschen Teer und Ammoniak Konkurrenz machte.

Ferien für Dienstboten auf Kosten der Invalidenversicherung. In der Februarnummer der amtlichen Nachrichten der Landesversicherungsanstalt Hannover lesen wir in einer Abhandlung über das Heilverfahren diesen schönen Satz: „Für Dienstboten wird vielfach das Heilverfahren für eine Zeit beantragt, in der die Dienstherren auf Reisen sind.“ Das zeigt ja von einer grenzenlosen Fürsorge der Dienstherren für sich selber. Für die Zeit der eigenen Ferien dem Mädchen den Lohn und das Kostgeld weiter zahlen, das wollen die Dienstherren nicht. Die Kosten und vor allen Dingen die Unannehmlichkeiten, die ein Wechsel in der Person des Angestellten mit sich bringt, wollen sie auch nicht in den Kauf nehmen; also üben sie Fürsorge und schiden das Mädchen, wenn es irgend geht, in eine Heilanstalt — aber auf Kosten der Versicherung. Ja, die armen Dienstgeber sind erstens in der Sorge für ihren Geldbeutel! Die Landesversicherungsanstalt Hannover hat allerdings nicht das richtige Verständnis für diese Art der Fürsorge, und sie jedoch in allen Fällen, wenn die Herrschaften während des Heilverfahrens ihrer Dienstboten verweilt sind und einer Vertretung für letztere

nicht bedürfen, von der Herrschaft einen dem Kostgeld entsprechenden täglichen Zuschuß zu den Heilverfahrenskosten, der bis auf weiteres auf eine Mark festgesetzt ist.“

Aus der Jugendbewegung.

Das „politische Gebiet“ der Polizei. In Köln a. S. Berg wird die freie Jugendbewegung von der Polizei in der schärfsten Weise verfolgt. Dieser Tage hielt in einer Jugendversammlung ein Genosse einen Lichtbildervortrag über das Thema „Von der Postkarte bis zum Schlag“. Als der Redner am Schlusse seines Referats erklärte, daß die Polizei durch den internationalen Referat einander näher gebracht würden, erhob sich der überwachende Polizeibeamte und sagte, der Redner habe das politische Gebiet betreten, er solle die Versammlung und fordere alle Personen unter 18 Jahren auf, den Versammlungsraum zu verlassen. Eine Anzahl Jugendlicher wurde noch von der Polizei notiert.

Arbeiterjugend. Die soeben erschienene Nr. 6 des letzten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Brennstoffe Moral. — Aus der Lebensgeschichte der proletarischen Jugendbewegung. Von Bernhard Dämmel. — Recht und Gesetz. — Das Mikroskop. Von Curt Dising. (Mit Abbildungen.) — Kleinstadt-Jugend. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz ufm. — Beilage: Solidarität. Von Fritz Sepp. (Schluß.) — Ein Bild oder Siegel Gebiet von Fritz Droop. — Lachende Heimat. Von Otto Kille. — Jean Genet Jahre. Von Jürgen Brand. — Die großen griechischen Tragiker. 1. Mischlos. Von Otto Koenig. — Der Redner. Gedicht von Alfons Wehbold. — Wäcker für die Jugend. — Das tägliche Turnen. Von Max Merich. (Mit Abbildungen.)

Aus dem Gerichtssaal.

Offiziere wegen Meineids bestraft. In zwei Verhandlungstagen verurteilte das Kriegsgericht in Koblenz einen Hauptmann vom Bezirkskommando in Köln, der früher beim Infanterie-Regiment Nr. 68 stand, wegen Meineides zu fünf Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Ein Hauptmann vom Fußartillerie-Regiment Nr. 9 wurde wegen Meineides und unerlaubter Entfernung zu 5 Monaten 1 Woche Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Ein Leutnant vom Fußartillerie-Regiment Nr. 9 erhielt 14 Tage Stubenarrest wegen Beihilfe zur unerlaubten Entfernung. Die beiden Hauptleute hatten in einem Ehescheidungsprozeß der Eheleute K. in Koblenz unter Eid unwahre Aussagen gemacht. Als später der wahre Sachverhalt bekannt wurde, erfolgte am 28. Januar dieses Jahres die Verhaftung. Während der ganzen Dauer der Verhandlung sowie bei Verhängung der Urteilsgründe wurde die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Eitelkeit ausgeschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Zentral-Hallen

Schwarzwaldgrube 20.
Sonnabend, den 14. März 1914
Zum ersten Mal:
Großes Tanzkränzchen
Anfang 8 Uhr.
Eintritt für Herren 25 Pfg.
Eintritt für Damen 10 Pfg.
Tanz frei. (1854)

Gasthof Kl.-Mühlen.
Am Sonntag, dem 15. März:
Ball des Vereins Frohsinn.
Eintritt 50 Pfg. (1786)
Dazu laden freundlich ein
Der Vorstand und O. Evers.



u. Konfirmanden-Hüte
kauft man gut und billig bei
M. Mathissen & Sohn
Inhaber Adolf Mathissen.
Kükstraße 16. (1822)

Ad. Hübner, Uhrmacher
Jänthausen 13. 5
Reparaturen prompt u. preiswert.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Herrn Otto Albers 10.
2. B. Zentral-Betten n. 12.50 Pfg. an.
Bettfedern per Pfd. n. 4.50 Pfg. 5. 4.00 Pfg.
2) Rot: Lübeck-Marken.

Wilde Kaninchen
abgegeben 1 Mt., empfiehlt
1913) Frl. Erika, Hirschhäuserstr. 5.

Die größte Sensation der Lübecker Theater-Saison:

Unter Indiens Glutensonne!

Erlebnisse eines englischen Offiziers in den indischen Dschungeln. — 5 Akte.
Aufregende Jagden mit wilden Tieren. — Herrliche Landschaftsbilder. — Ein explodierendes Fort. — Brennendes Schiff. — Spannendste Handlung.
Monatelang das erfolgreiche Repertoirestück erster Berliner Lichtspiel-Bühnen.
Mit größtem Beifall Sr. Majestät dem deutschen Kaiser vorgeführt.

Heute Uraufführung im Metropol-Theater Breite Str. 85-87.

Es wird gebeten, die Nachmittags-Aufführungen zu besuchen, um abends den Andrang zu vermeiden.
Preise der Plätze im Vorverkauf bei Rudolph Karstadt: III. Platz 40 Pfg., II. Platz 50 Pfg., I. Platz 70 Pfg., Sperrplatz 85 Pfg., Reserviert 1.25 Mt.
An der Kasse: III. Platz 50 Pfg., II. Platz 60 Pfg., I. Platz 80 Pfg., Sperrplatz 1.00 Mt., Reserviert 1.50 Mt.
Musik: Stadtkapelle. Vorführung 4 1/2, 6 1/2 und 9 1/2 Uhr.
Außerdem das wirklich gediegene Programm mit der Susanne Gredens. (1857)

Sozialdemokratischer Verein Ortsgruppe Kl.-Schenkenberg.

Einladung zum
II. Stiftungs-Fest
am Sonntag, dem 15. März
bei Herrn Johann Hering,
Moorgarten.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Preis der Karte 1 Mt., eine Dame frei
(Einzeln Dame 20 Pfg. 1841)
Das Komitee.

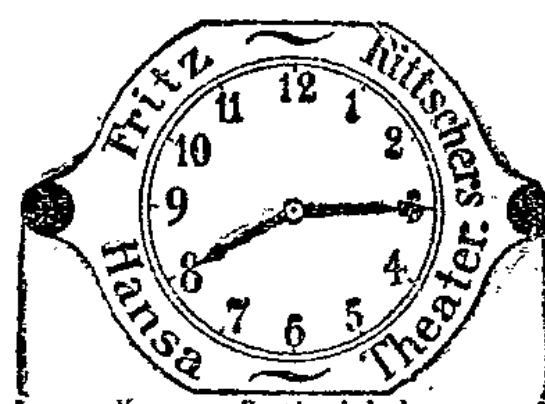
Parteigenossen von Ahrenshök u. Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, d. 15. März
nachmittags 3 1/2 Uhr.
Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist dringend notwendig.
Der Vorstand. (1865)

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlfelle Lübeck.

Große öffentl. Versammlung

aller in
Buchbindereien, Buchdruckereien, Steindruckereien und
Kartonagenfabriken bewilligt. Arbeiterinnen u. Arbeiter
am Montag, dem 16. März 1914
abends 8 1/2 Uhr
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
Wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit u. die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.
Referent: Kollege Heinrich Lange, Dresden.
Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder zu erscheinen. Zu dieser Versammlung laden wir alle in oben besagten Betrieben Tätigen ein. Erscheint in Massen.
Der Vorstand. (1865)



Kurzes Gastspiel des
Rudolph-Baron-Ensembles.
Neu! Neu! Neu!
Grosse Revue.
Mein Hamburg!
Da lacht das Herz!
Charly Wittong als Gast.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt, und Nagel, Am Markt.
Anfang: Sonntags 8 Uhr
1496) Werktags 8 1/2 Uhr.
Kleine Preise.

Neues Stadttheater

Freitag, den 13. März 1914:
151. B. i. Boll-Ab. 25. B. i. Freit.-Ab.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende geg. 11 1/2 Uhr.
Zum letzten Male:
Die Meistersinger v. Nürnberg
Große Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Sonnabend, den 14. März 1914:
152. B. i. Boll-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Auf vielfachen Wunsch:
Hamlet
von Shakespeare.
Schülerkarten haben Günstigkeit.
Kleine Preise.
Sonntag, den 15. März 1914:
153. B. i. Boll-Ab. Große Preise.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Cavalleria - Rusticana.
Oper in 2 Aufzügen v. P. Mascagni.
Darauf:
Der Bajazzo.
Musikdrama in 2 Akten und einem Prolog von R. Leoncavallo.
Die Ausgabe der letzten Abonnesmentsrate findet nunmehr an der Theaterkasse statt. (1914)